

Peter Witterauf (Hrsg.)

IST DER KOMMUNISMUS WIEDER HOFFÄHIG?

Anmerkungen zur Diskussion um
Sozialismus und Kommunismus in Deutschland

AMZ

77

Argumente und Materialien
zum Zeitgeschehen

Peter Witterauf (Hrsg.)

IST DER KOMMUNISMUS WIEDER HOFFÄHIG?

Anmerkungen zur Diskussion um
Sozialismus und Kommunismus in Deutschland

Impressum

ISBN	978-3-88795-396-6
Herausgeber	Copyright 2011, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. 089/1258-0 E-Mail: info@hss.de , Online: www.hss.de
Vorsitzender	Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ / Publikationen	Hubertus Klingsbögl
Redaktion	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser (Chefredakteur, V.i.S.d.P.) Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin) Susanne Berke, Dipl. Bibl. (Redakteurin) Claudia Magg-Frank, Dipl. sc. pol. (Redakteurin) Marion Steib (Redaktionsassistentin)
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

INHALT

- 05 Einführung**
Peter Witterauf
- 07 Karl Marx: Humanist oder Wegbereiter des totalitären Staates?**
Barbara Zehnpfennig
- 15 Die Linke – (auch) eine kommunistische Partei?**
Eckhard Jesse
- 21 Kommunismus aus dem Westen – eine unschuldige Utopie?**
Rudolf van Hüllen
- 29 Das Erbe der DDR – Kann der Kommunismus noch attraktiv sein?**
Uwe Müller

EINFÜHRUNG

PETER WITTERAUF || „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten!“¹ Mit dieser dreisten Lüge bestritt Walter Ulbricht, DDR-Staatsratsvorsitzender und SED-Parteichef, am 15. Juni 1961 auf einer internationalen Pressekonferenz in Ostberlin die längst bestehende Absicht, die eigenen Bürger einzumauern. Mit der strikten Abriegelung der Sektorengrenzen, die in der Nacht zum 13. August 1961 in Berlin begann, versuchte die DDR-Führung, die als existenzielle Bedrohung empfundene Flucht ihrer Bürger zu stoppen.

Die Mauer war das sichtbare Zeichen eines Unrechts- und Überwachungsstaates. Etwa 1.000 Menschen verloren an der innerdeutschen Grenze ihr Leben.² Dies darf nicht in Vergessenheit geraten, ebenso wenig wie die Verbrechen und die Unmenschlichkeit, die für die DDR-Diktatur prägend waren.

Als 1989 der Eiserne Vorhang fiel, war dies der Sieg der Freiheit, der Demokratie und der Marktwirtschaft über Diktatur, Kommunismus und Planwirtschaft. Der Wettbewerb der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen war endgültig entschieden: Die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland hatte sich als menschlicher und gerechter erwiesen als der Kommunismus in der DDR, die Soziale Marktwirtschaft des Westens als in hohem Maße effizienter und leistungsfähiger als die zentral gelenkte Wirtschaft im anderen Teil Deutschlands. Die mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Wirtschaft war letztlich auch ein wichtiger Grund dafür, dass die DDR-Führung unter Druck geriet und Zugeständnisse an den Westen machen musste. So wurden zum Beispiel politische Gefangene freigelassen und in den Westen abgeschoben, um dadurch an Westdevisen zu gelangen. Auch gelang es der DDR-Führung, die wirtschaftlichen Probleme klein zu reden: Nach der Wiedervereinigung stellten viele Entscheidungsträger in Westdeutschland zu ihrer großen Überraschung fest, dass der Zustand der DDR-Betriebe noch viel schlechter war, als sie es erwartet hatten. Gleiches gilt im Übrigen für die Situation im Bereich der Umwelt. Noch heute leiden die neuen Länder unter dieser Hypothek.

Umso mehr verwundert es, dass in den ersten Monaten des Jahres 2011 eine intensive Diskussion über „mögliche Wege zum Kommunismus“ einsetzte. Auslöser für die Diskussion war ein Gastbeitrag der Vorsitzenden der Linkspartei, Gesine Löttsch, für die politisch links ausgerichtete Zeitung „Junge Welt“. In diesem Gastbeitrag formulierte sie: „Wie viele Wege haben die Linken gefunden, die nicht funktionierten? Waren es 100 oder 1.000? Es waren bestimmt nicht 10.000! Das genau ist das Problem! Wir sind zu oft mit dem Finger auf der Landkarte unterwegs. Die Wege zum Kommunismus können wir nur finden, wenn wir uns auf den Weg machen und sie ausprobieren, ob in der Opposition oder in der Regierung: Auf jeden Fall wird es nicht den einen Weg geben, sondern sehr viele unterschiedliche Wege, die zum Ziel führen.“³

Überschrieben war der Beitrag mit „Wege zum Kommunismus“ und war als Einstimmung auf eine Rosa-Luxemburg-Konferenz der „Jungen Welt“ gedacht. Gesine Löttsch wollte zum Thema „Wo bitte geht's zum Kommunismus? Linker Reformismus oder revolutionäre Strategie – Wege aus dem Kapitalismus“ diskutieren. Bemerkenswert war auch die Riege der vorgesehenen Mitdiskutanten: eine Vertreterin der linksradikalen Antifa Berlin, die Vorsitzende der DKP und eine verurteilte RAF-Terroristin.⁴

In dem Beitrag von Gesine Löttsch gibt es eine ganze Reihe von Aussagen, die auf ein gespaltenes Verhältnis zur Demokratie hindeuten. So spricht sie zum Beispiel von einer „strukturellen Veränderung der Eigentums- und Machtverhältnisse“ und von „gesellschaftsverändernder radikaler Realpolitik“ ihrer Partei.

Es verwundert nicht, dass der Text von Gesine Löttsch zu einer Welle der Entrüstung führte. Für die Opfer des Kommunismus sind solche Gedankengänge schmerzhaft und unerträglich. Man fragt sich, ob die Linkspartei aus der unmenschlichen Geschichte des Kommunismus noch immer nicht die notwendigen Lehren gezogen hat. Gesine Löttsch hat – nach massiver öffentlicher Kritik – eine Rede in abgeschwächter Form auf der Konferenz gehalten. An der Diskussion hat sie nicht teilgenommen.

Am Rande der Konferenz demonstrierten SED-Opfer gegen die Kommunismusverherrlichung. Sie wurden von Linksextremisten angegriffen und verletzt; unter den Angegriffenen war auch die frühere DDR-Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld.⁵

Aus der Linkspartei bekam Gesine Löttsch Unterstützung für ihre Aussagen. In der Pressemitteilung eines Bundestagsabgeordneten der Linkspartei heißt es: „Noch mehr als je zuvor bin ich der Überzeugung, dass der wahre Kommunismus – eine klassenlose Gesellschaft, in der jeder nach seinen Fähigkeiten arbeiten und nach seinen Bedürfnissen leben kann – das noch weite Ziel der menschlichen Gesellschaft ist.“⁶ Diese und andere Äußerungen sind keine Ausrutscher. So ist zum Beispiel auch in den programmatischen Eckpunkten, die als Gründungsdokument der Partei „Die Linke“ im März 2007 verabschiedet wurden, von einer „Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse“ die Rede.⁷ Nach wie vor wird die Gruppierung „Kommunistische Plattform“ von der Linkspartei unterstützt. In einem Beschluss der Bundeskonferenz der kommunistischen Plattform vom November 2007 heißt es: „Wir bleiben, was wir waren und sind: In der Partei DIE LINKE organisierte Kommunistinnen und Kommunisten.“⁸

Auch die vielfältigen Kooperationen der Linkspartei mit der Deutschen Kommunistischen Partei sind zu erwähnen. In Hamburg, wo schon zur Senatswahl 2008 zehn DKP-Mitglieder auf der Liste der Linken kandidierten, trat 2011 der Landesvorsitzende der DKP, Olaf Harms, auf der offenen Liste der Linken auf einem sicheren Listenplatz an und wurde in die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte gewählt.⁹

In diesem Zusammenhang sollte auch der Streit in der Linkspartei über die Bewertung des Mauerbaus nicht unerwähnt bleiben. In einem der beiden Positionspapiere heißt es, dass die Mauer geholfen habe, die Kriegsgefahr zu reduzieren.¹⁰ Eine absurde Bewertung!

Mit diesem Band der „Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen“ soll verdeutlicht werden, dass die Gefahren der kommunistischen Ideologie auf keinen Fall verharmlost werden dürfen. Sie müssen im Gegenteil sehr ernst genommen werden. Von Barbara Zehnpfennig wird herausgearbeitet, dass der Marxismus eine totalitäre Ideologie ist, die bei ihrer Realisierung zu schlimmen Folgen für die Menschen führt. Eckhardt Jesse stellt dar, dass Die Linke (auch) eine kommunistische Partei ist. Mit kommunistischen Tendenzen in Westdeutschland befasst sich Rudolf van Hüllen. Und schließlich zeigt Uwe Müller, dass die Ideologie der DDR bis heute in extremistischen Netzwerken fortlebt.

|| DR. PETER WITTERAUF

Hauptgeschäftsführer der Hanns-Seidel-Stiftung,
München

ANMERKUNGEN

- 1 Weil, Marianne (Hrsg.): O-Ton Berlin. Kalter Krieg im Äther. CD-Edition zur gleichnamigen Ausstellung im Zentrum für Berlin-Studien, Berlin 1997.
- 2 Siehe hierzu den Beitrag von Uwe Müller in diesem Band.
- 3 Löttsch, Gesine: Wege zum Kommunismus, in: Junge Welt, 3.1.2011.
- 4 Siehe hierzu den Beitrag von Uwe Müller in diesem Band.
- 5 Siehe hierzu: SED-Opferverband: Strafanzeige gegen Linken-Chefin Löttsch, in: Focus 2/2011; Lutz, Martin: Prügel für die Löttsch-Kritiker, in: Die Welt, 10.1.2011.
- 6 Pressemitteilung von MdB Harald Koch vom 10.1.2011.
- 7 Programmatische Eckpunkte – Programmatisches Gründungsdokument der Partei DIE LINKE. Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24. und 25. März 2007 in Dortmund, in: http://www.die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programmatische_eckpunkte.pdf, aufgerufen am 2.8.2011.
- 8 Wir bleiben, was wir waren und sind: In der Partei DIE LINKE organisierte Kommunistinnen und Kommunisten. Beschluss der 3. Tagung der 13. Bundeskonferenz, in: <http://www.dielinke.de/partei/zusammenschlusse/kommunistischeplattformderparteidielinke/dokumente/wirbleibenwaswirwarenundindierparteidielinkeorganisiertekommunistinnenundkommunisten/druckversion.html>, aufgerufen am 2.8.2011.
- 9 Mikuleit, Hanna-Lotte: Die Hamburger Linke nominiert DKP-Chef für die Wahl, in: Hamburger Abendblatt, 29.1.2011; Behörde für Inneres und Sport, Landeamt für Verfassungsschutz, Hamburg-Wahlen 2011: Extremistische Kandidaten und ihre Ergebnisse, 1.3.2011, in: <http://www.hamburg.de/schlagzeilen/2806548/hamburgwahlen-2011-extremistische-kandidaten-fhh.html>, Stand: 2.8.2011.
- 10 Süddeutsche Zeitung, 29.7.2011.

KARL MARX: HUMANIST ODER WEGBEREITER DES TOTALITÄREN STAATES?

BARBARA ZEHNPFENNIG || Wer für die Kritik des Kapitalismus den Rückgriff auf das Marx'sche Denken empfiehlt, sollte zuvor untersuchen, wie die von Marx geforderte Alternative zum Kapitalismus aussieht. Bei näherer Prüfung zeigt sich nämlich, dass der angebliche Humanismus im Kommunismus auf einem sehr zweifelhaften Menschenbild beruht. So liegt der Verdacht nahe, dass der „real existierende Sozialismus“ kein Verrat an der Theorie, sondern deren konsequente Umsetzung war.

Wiederkehrende Wirtschaftskrisen, zunehmende Einkommens- und Vermögensunterschiede, Verarmungstendenzen selbst in reichen Ländern – all dies gibt manchem Anlass, eine Rückbesinnung auf Karl Marx zu fordern.¹ Hatte Marx nicht prophezeit, dass der Kapitalismus sich in Krisen aufzehren, große Bevölkerungsteile der Armut ausliefern und zu immer schärfer werdenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen führen werde?² Und auch wenn die proletarische Revolution, von der Marx träumte, bisher ausgeblieben ist: Ist es nicht offensichtlich, dass der Kapitalismus mit seinen unmenschlichen Selektionsmechanismen und seiner Krisenanfälligkeit kein Modell für die Zukunft sein kann? Sollte er also nicht irgendwann einer Gesellschaft weichen, die, ähnlich wie Marx es in seiner kommunistischen Utopie vordachte, die wahre Menschlichkeit auf ihre Fahnen geschrieben hat?

Nun ist eine Rückbesinnung auf Marx sicherlich eine sinnvolle Forderung, allerdings nur, wenn sie nicht von vornherein in apologetischer, sondern in kritischer Absicht erfolgt. Denn die Kritik, die man dem Kapitalismus und der mit ihm verbundenen liberalen Demokratie angedeihen lässt, sollte man ebenfalls ihren Gegenentwürfen zuteil werden lassen. Wer Veränderungen fordert, ist in der Bringschuld: Er muss nachweisen, dass Veränderung Verbesserung bedeutet; Veränderung ist nicht Zweck an sich. Weil eine im Namen von Marx erfolgende Kapitalismuskritik sich an der von ihr bereitgestellten Alternative messen lassen muss, soll im Folgenden das Marx'sche Denken, vor allem aber der

Zusammenhang seines Denkens einer eingehenden Prüfung unterzogen werden. Üblicherweise beschränken sich nämlich Marx-Befürworter wie Kritiker zumindest in der öffentlichen Diskussion auf eine Blütenlese; sie greifen sich aus dem Marx'schen Werk das heraus, was ihnen gefällt. Ein sachliches Urteil ist aber nur möglich, wenn man den Zusammenhang der Gedanken beachtet und sich fragt:

- Was wollte Marx selbst? Das betrifft seine subjektive Intention.
- Was folgt faktisch daraus? Hier geht es um den objektiven Sinn.

Subjektive Intention und objektiver Sinn müssen dabei keineswegs übereinstimmen. Denn über die Folgen dessen, was man gedacht hat, kann man sich durchaus täuschen. Nicht immer ist der Autor zugleich sein bester Interpret. Dass die von Marx entwickelte Utopie einer herrschaftsfreien, nur dem Humanum verpflichteten Gesellschaft ein hehres Ziel zu sein scheint, ist noch kein hinreichendes Indiz dafür, dass eine solche Gesellschaft für den Menschen wirklich gut wäre. Vielmehr müssen stets die Voraussetzungen einer solchen Theorie bedacht sein, um ihre Konsequenzen richtig einschätzen zu können. Deshalb soll nun ein Rückgang zu den Ursprüngen des Marx'schen Denkens in sieben Schritten erfolgen, um zu untersuchen, ob sein Modell einer menschenwürdigen Gesellschaft tatsächlich jenes selbstverwirklichte Leben garantiert, das die westliche Demokratie mit ihrem auf Effizienz und Konkurrenz hin orientierten Wirtschaftssystem angeblich verwehrt.

DER UMGANG MIT MARX

Da im weiteren Verlauf dieses Artikels die kritische Perspektive auf Marx hinreichend zur Sprache kommen wird, sei hier der Blick auf die Befürworter des Marx'schen Konzepts konzentriert. In der Regel lassen sich zwei wesentliche Rechtfertigungsstrategien unterscheiden, wenn es darum geht, die Aktualität des Marx'schen Denkens zu belegen.

Erstens: Was immer Marx sonst geschrieben hat – seine Kapitalismuskritik ist auf jeden Fall brauchbar. Hier wird ganz offensichtlich ein Moment aus dem Ganzen der Theorie isoliert; es wird nicht gefragt, wozu die Kapitalismuskritik diene. Da Marx aber von vornherein mit Destruktionsabsicht an seine Analyse heranging, wirkte dies natürlich auf seine Deutung der vorgefundenen Wirklichkeit zurück. So beruht seine Krisentheorie z. B. auf der Annahme, im Kapitalismus gebe es mit Notwendigkeit wiederkehrende Krisen der Überproduktion, die zu einem tendenziellen Fall der Profitrate führten. Voraussetzung dieser Theorie ist jedoch die Auffassung, der Profit beruhe ausschließlich auf Ausbeutung, weil sich der Kapitalist unrechtmäßig den alleine vom Arbeiter geschaffenen Mehrwert aneigne, also jenen Wert, der nach Abzug der Lohnkosten als im Arbeitsprozess hervorgebrachter Wert übrig bleibt.

Wenn man sich diese Theorie näher ansieht, merkt man sogleich: Hier stimmt Vieles nicht. Die Wertschöpfung ist nicht alleine auf die Anwendung von Arbeitskraft zurückzuführen; die vom Unternehmer erbrachten Leistungen gehen überhaupt nicht in die Rechnung ein; Krisen im Kapitalismus beruhen keineswegs notwendigerweise auf Überproduktion, manchmal haben sie überhaupt keine ökonomischen Ursachen, sondern gehen auf falsche politische Weichenstellungen zurück; die historische Gesetzmäßigkeit, nach der sich die Krisen häufen und zwangsläufig den Untergang des Kapitalismus herbeiführen werden, lässt sich empirisch in keiner Weise belegen.³ Wer sich bei der Kapitalismuskritik auf Marx berufen will, muss also viele Prämissen akzeptieren, die schlicht falsch sind. Oder er muss so im Allgemeinen verbleiben („Kapitalismus ist immer Ausbeutung“), dass er dazu Marx eigentlich gar nicht braucht.

Zweitens: Marx hatte ein humanistisches Anliegen. Das muss ernst genommen werden. Dieses Anliegen besteht z. B. in der Forderung eines Endes der Entfremdung, der Befreiung des Menschen von dem Joch unmenschlicher Arbeitsverhältnisse, der Schaffung einer Gesellschaft, in der „jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seinen Bedürfnissen“ leben kann usw.⁴

Innerhalb der Gruppe derer, die auf den humanistischen Gehalt der Marx'schen Theorie verweisen, lassen sich wiederum grob zwei Richtungen unterscheiden. Die erste betont, dass sich der Prozess, der zur menschlichen Selbstverwirklichung führt, bei Marx mit historischer Notwendigkeit vollziehe. Marx nehme also keinen „moralischen“ Standpunkt ein, sondern einen wissenschaftlichen: Er beschreibe ganz wertneutral einen notwendigen historischen Verlauf. Die Selbstzuschreibung von Marx, dass es sich bei seiner Theorie um „wissenschaftlichen Sozialismus“ handle, wird also einfach übernommen. Doch was ist das für ein Wissenschaftsverständnis? Marx rechnet explizit mit dem bisherigen Wissenschaftsverständnis ab, wenn er in der Zukunft nur noch eine Wissenschaft zulassen will, die in der Sinnlichkeit ihre Basis hat⁵ – eine materialistische Wissenschaft also. Wenn man aber nur das als Wissenschaft gelten lässt, was auf den Prämissen beruht, die es eben wissenschaftlich zu prüfen gälte, dann liegt der klassische Fall einer *petitio principii* vor.

Die zweite Richtung innerhalb der genannten Gruppe hebt nicht auf den wissenschaftlichen und somit objektiven Charakter des Marx'schen Humanismus ab, sondern vertritt die Auffassung, dass es Mitleid mit den Entrechteten sei, die Marxens Kritik an der Entmenschlichung im Kapitalismus und seine Hoffnung auf eine neue Humanität im Kommunismus motiviere. Hier wird also davon ausgegangen, dass Marx explizit moralisch argumentiert, dass er das Gute wollte. Insofern habe sich der reale Sozialismus mit seinen unmenschlichen Praktiken zu Unrecht auf Marx berufen. Dieser Ansatz deutet Marxens Theorie demnach als Ausdruck seines eigenen menschlichen Anliegens und entlastet ihn von jeder Verantwortung für die Praxis, die in seinem Namen nahezu weltweit etabliert wurde.

Doch genau das ist die Frage: Hat man Marx missbraucht, als man bei der Umsetzung seiner Theorie schreckliche Zwangssysteme errichtete? Darf man jemanden für das Böse haftbar machen, der doch ausdrücklich das Gute wollte? Diese Frage muss unbedingt geklärt werden, bevor man über die Wünschbarkeit einer Marx-Renaissance urteilt. Denn das Gute zu wollen, bedeutet nicht automatisch, das Gute zu bewirken; vielleicht ist die Marx'sche Vorstellung von einem menschlichen Dasein gar nicht das, was seine Anhänger sich davon erhoffen? Um zu erfahren, welche inhaltliche Vorstellung Marx mit dem Endziel der Geschichte, dem Kommunismus, verbindet, ist ein genauerer

Blick in sein Werk unabdingbar. Welche Schrift sollte man zu Rate ziehen, wenn man hier nach einer Antwort sucht?

DIE ÖKONOMISCH-PHILOSOPHISCHEN MANUSKRIPTE VON 1844

Die Ökonomisch-Philosophischen Manuskripte sind zugegebenermaßen eine umstrittene Schrift. Marx verfasste sie in jungen Jahren (er war gerade 26) im Pariser Exil. Erst in den Dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts wurden die Manuskripte publiziert; im real existierenden Sozialismus waren sie nicht wohlgefallen, da die in ihnen enthaltene Kommunismus-Schilderung Anlass zum Vergleich zwischen Anspruch und Realität gegeben hätte. Zudem gefiel die Betonung des humanistischen Anliegens nicht. So wurde behauptet, es handle sich bei dieser Frühschrift um einen später überwundenen Standpunkt von Marx.⁶ Der reife Marx sei nur noch nüchterner Analytiker gewesen; im späteren Werk gebe es nichts mehr, was moralisierend ausgelegt werden könnte.

Warum sollen den folgenden Überlegungen dennoch die Manuskripte zugrundegelegt werden? Dafür gibt es drei gute Gründe. Erstens findet sich in ihnen die einzige ausführliche Kommunismus-Schilderung des gesamten Werkes. Zweitens entwickelt Marx hier den geschichtlichen Gesamtzusammenhang, in dem der Kommunismus steht und von dem her auch der Kapitalismus erst einzuordnen ist. Drittens gibt es im späteren Werk nichts, was als Rücknahme dieser frühen Position zu deuten wäre; nur der Fokus verlagert sich. Was in den Manuskripten Etappe auf dem Weg ist – der Kapitalismus –, wird später, z. B. im Kapital, zum ausschließlichen Gegenstand der Befassung.

Es besteht also kein Grund, diese Schrift nicht ernst zu nehmen, zumal sie den Schlüssel zum Kommunismus-Verständnis von Marx liefert. Bevor aber ein tieferer Blick in die Manuskripte getan werden kann, sollte noch eine begriffliche Vorklärung erfolgen. Wenn man nämlich der Frage nachgehen will, ob man es bei der Marx'schen Theorie mit einem humanistischen Projekt oder dem Entwurf eines totalitären Systems zu tun hat, sollte man zunächst erklären, welchen Totalitarismusbegriff man zugrundelegt.

WAS BEDEUTET „TOTALITÄR“?

Gemeinhin unterscheidet man in der Forschung zwischen herkömmlichen Diktaturen und totalitären Staaten als Phänomen des 20. Jahrhunderts.⁷ Kom-

munismus und Nationalsozialismus sind demnach Staatsformen neuen Typus. Verschiedene Gründe werden dafür geltend gemacht, der entscheidende aber scheint der folgende zu sein: Wie der Begriff schon suggeriert, zielen totalitäre Systeme auf das „totum“ – der Staat will den ganzen Menschen vereinnahmen. Das bedeutet die Erfassung aller Lebensbereiche. In einem derartigen Regime ist daher alles politisch: Medien, Kunst, Wissenschaft, Wirtschaft, Gesellschaft, Recht usw. Deshalb gibt es auch keine echte Privatsphäre. Der Staat versucht, dem Menschen kein Residuum zu lassen, das sich seinem Zugriff entzieht. Und um den Menschen in seiner Gesamtheit ergreifen zu können, wird nicht nur Zwang von außen ausgeübt, sondern es erfolgt auch eine Lenkung von innen.

Diese zu ermöglichen, ist die Aufgabe der Ideologie: Der Mensch soll im Glauben an die Ideologie selbst das wollen, wozu ihn der Staat zwingen will. Das führt natürlich zum völligen Verlust der Freiheit, da auch noch die Freiheit des Denkens genommen wird. Die eigentliche Zielvorstellung solch totalitärer Staaten ist, dass irgendwann gar kein Zwang mehr angewendet werden muss, weil die Menschen das Gesollte freiwillig tun. Darin liegt in der Tat der entscheidende Unterschied zu bisherigen Zwangssystemen; in diesen blieb die Gewalt äußerlich.

Was folgt daraus nun in Bezug auf die Marx'sche Theorie und die kommunistischen Staaten? Denkbar sind zwei Möglichkeiten: Entweder haben diese Staaten aus Marx' Denken erst eine Ideologie gemacht, d. h. das Denken wurde missbraucht. Oder das Ideologische liegt im Denken selbst, d. h. das Denken ist in sich dogmatisch und negiert die geistige Freiheit. Wenn Letzteres der Fall wäre, wäre das Totalitäre schon in der Theorie angelegt, und die Praxis wäre nur die logische Konsequenz der bereits in der Theorie wirksamen geistigen Unfreiheit. Welche der beiden Alternativen zutrifft, ist im Folgenden zu prüfen.

DIE GESCHICHTLICHE ENTWICKLUNG HIN ZUM KOMMUNISMUS

Um die in den Manuskripten entfalteten Gedanken über den Gesamtzusammenhang der Geschichte richtig einschätzen zu können, ist zunächst einmal die Basis der Marx'schen Ausführungen zu klären. Die Menschheitsgeschichte, in die der Kommunismus dann eingeordnet wird, wird von *einem* Punkt aus erklärt: den ökonomischen Verhältnissen. Die Veränderung der Produktionsverhältnisse erklärt für

Marx alles, was die Menschen im Lauf der Geschichte getan und hervorgebracht haben: politische Systeme, Rechtsordnung, Moral, Religion, geistige Produkte usw. Alles lässt sich demnach auf eine Ursache zurückführen, nämlich unter welchen Verhältnissen die Menschen produzieren; die Ökonomie ist das Schicksal.

Dieser Anfang wird einfach gesetzt; er wird nicht begründet. Alles hängt aber von diesem Anfang ab. Das heißt, das Fundament der Theorie ist ein Dogma. Der dogmatische Charakter wird schon daran erkennbar, dass man genauso gut gegenteilig argumentieren könnte: Das Denken geht der Ökonomie voraus. Zunächst muss man überlegen, was und wie man produziert. Und so, wie die Menschen Wertentscheidungen treffen, Wissenschaft betreiben etc., wirtschaften sie auch.

Ganz offensichtlich, das zeigt sich an der nicht geringeren Plausibilität der gegenteiligen Position, ist der materialistische Standpunkt nur einer unter anderen; Marx tut aber so, als wäre alles andere durch ihn erledigt. So scheint bereits das Fundament seiner Theorie höchst ungesichert. Welches Gebäude wird darauf errichtet?

Betrachten wir zur Beantwortung dieser Frage das in den Manuskripten entwickelte Geschichtsschema.⁸ Marx strukturiert Letzteres gemäß dem jeweiligen Verhältnis von Kapital und Arbeit, ohne zu konkretisieren, auf welche historische Epoche er sich dabei bezieht.

Am Anfang der Geschichte (Phase I) ist der produzierende Mensch noch im Besitz seiner Produktionsmittel, Kapital und Arbeit sind also nicht voneinander geschieden. Auf der nächsten Stufe (Phase II) treten beide Produktionsfaktoren auseinander, der Arbeitende verfügt nicht mehr selbst über Kapital. Trotz dieser Trennung, die auch die Entfremdung des Arbeiters von seiner Arbeit und deren Produkt mit sich bringt, fördern sich beide Faktoren noch gegenseitig. Erst auf der folgenden Stufe (Phase III) wird der Gegensatz ein feindlicher. Es entbrennt ein Kampf zwischen beiden und damit auch zwischen den entsprechenden gesellschaftlichen Gruppen: Der Kapitalist wird zum Feind des Arbeiters und umgekehrt. Diese Feindschaft eskaliert (Phase IV), wenn durch den Konkurrenzkampf der Gegensatz auch noch in die Klassen selbst hineingetragen wird. Nun ist die Feindschaft universell, sie herrscht innerhalb der Klassen und zwischen den Klassen. Damit ist der kritische Punkt erreicht, der Punkt, an dem der Umschlag erfolgen kann (Phase V). In der nun folgenden Revolution

werden die Kapitalisten enteignet, das Privateigentum an den Produktionsmitteln wird aufgehoben und damit die ursprüngliche Trennung zwischen Kapital und Arbeit wieder rückgängig gemacht.

Dadurch ist der Übergang zum Kommunismus als Aufhebung des Kampfes eingeleitet. Mit dem Kommunismus ist das Endziel der Geschichte erreicht. Allerdings geht Marx davon aus, dass auch im Kommunismus noch verschiedene Phasen durchlaufen werden müssen. Doch zunächst zum Schema selbst – was bedeutet es?

Es bedeutet, dass die ganze Menschheitsgeschichte auf ein dürres Gerüst reduziert wird. Man versuche einmal probeweise, das römische Recht, den Investurstreit, den 30-jährigen Krieg, die Romantik, den Impressionismus, den Islam usw. von diesem Schema her zu erklären! Man wird sich zweifellos schwertun.

Doch nicht nur das reduktionistische Geschichtsbild ist problematisch. Auch die Einschätzung des Wirtschaftsgeschehens ist keineswegs zwingend. Die Ausdifferenzierung der Funktionen im Wirtschaftsgeschehen, also die Entstehung von Lohnarbeit, die Akkumulation von Kapital etc., welche, wie Marx andernorts durchaus zugibt,⁹ zu großen Fortschritten in der Produktivität geführt hat, wird nur unter dem Aspekt des Kampfes zwischen den jeweiligen gesellschaftlichen Gruppen gesehen. Vorausgesetzt ist dabei, dass Kampf prinzipiell etwas Schlechtes ist und vollständig überwunden werden muss, eine Annahme, der beispielsweise der Liberalismus vehement widersprechen würde. Für diesen ist der Konkurrenzkampf eindeutig etwas Gutes, weil er zu Leistungssteigerungen führt. Wer auch immer von beiden recht hat – die Tatsache, dass beide sich wechselseitig entlarven können, nämlich entweder als Herrschaftsideologie oder als Ideologie der Zukurzgekommenen, zeigt, dass die behauptete Überlegenheit der Marx'schen Sicht in der Tat nur behauptet ist.

Was an dem Marx'schen Geschichtsschema weiterhin auffällt, ist, dass das Wollen der Menschen in ihm überhaupt keine Rolle spielt. Die Menschen folgen schlicht den Imperativen des Kapitals bzw. der Wirtschaft und bilden mit ihrem Verhalten die Verhältnisse nur unbewusst ab. Von der bevormundenden Herrschaft des Kapitals sollen sie dann durch die Revolution befreit werden. Doch vielleicht ist es ja nur Marxens Sicht, dass der Mensch nichts weiter ist als ein Reflex der ökonomischen Verhältnisse? Dann wäre auch die ganze Befreiungsaktion ein Irrtum!

Betrachten wir nun, welche Rolle der Kapitalismus in Marxens Geschichtsschema spielt. Der Kapitalismus bezeichnet die Endphase eines langen Prozesses der Entmenschlichung. Die Ausbeutung ist auf ihrem Höhepunkt angelangt, dadurch sind aber auch die Voraussetzungen für die Wende zum Guten gegeben – die Revolution. Wie man aus Marxens praktischer politischer Tätigkeit im „Bund der Kommunisten“ und aus seinen Briefen weiß, war Marx ein entschiedener Gegner jeder Sozialreform;¹⁰ das war auch einer der Gründe für seinen erbitterten Kampf gegen Lassalle und die Sozialdemokratie. Die Arbeiter mussten verelenden, sonst würden sie die Revolution nicht in Angriff nehmen. Schon an diesem Punkt ließe sich mit gutem Grund am humanitären Anliegen von Marx zweifeln.

Wie konnte es nun zu einer solchen Entmenschlichung im Kapitalismus kommen? Das hat, davon ist Marx überzeugt, noch niemand erkannt – außer ihm selbst:¹¹

- Die Entmenschlichung ist Folge des Privateigentums,¹² also der Tatsache, dass die Menschen nicht alles gemeinsam besitzen, sondern dass einige Besitz ansammeln können, andere nicht.
- Das Privateigentum ist in Wahrheit aufgehäufte und dem Eigentümer (= dem Arbeiter) entwendete Arbeit: Es ist „entfremdete“ Arbeit. Was bedeutet das?

Eigentlich, so Marx, haben die arbeitenden Menschen alles geschaffen, auch die Verhältnisse, unter denen sie leben. Weil man ihnen das Geschaffene aber weggenommen hat, haben sie diesen Zusammenhang nicht erkannt. So konnte sich alles, was sie geschaffen haben, gegen sie wenden¹³ – z. B. der Staat, der die Besitzverhältnisse zementiert. Dieser ist nur eine Folge dessen, was der Arbeiter hervorgebracht hat, er ist als Wahrer der Besitzrechte der Eigentümer das unerkannte Produkt der Arbeit sowie der durch sie geschaffenen Werte.

Dieser Zusammenhang gilt für alle Hervorbringungen der Kultur: das Rechtssystem, die Religion, die Familie, die Wissenschaft, die Moral. All dies ist Folge der Produktionsverhältnisse, und all dies dient nur dazu, die Arbeiter zu unterdrücken. Wenn das Privateigentum aufgehoben wird, werden auch dessen Folgen verschwinden. Damit ist die Entfremdung überwunden.

Zweifellos hat eine solche Sicht massive Voraussetzungen. Deren erste ist, dass offenbar alle Menschen bis zur Gegenwart in Verblendung lebten; sie haben die wahren Zusammenhänge nicht erkannt, nur Marx hat sie durchschaut. Eine weitere

Voraussetzung hängt mit Marxens Fundamentalprämisse zusammen, dass die Wurzel allen Übels in den Eigentumsverhältnissen liegt. Diese werden nun aber auch zur Wurzel alles Guten, nämlich wenn man sie grundlegend ändert.

Nicht die Menschen müssen sich also ändern – sie haben ja schon bisher nicht bewusst gehandelt. Das heißt, sie verantworten das Übel in der Welt im Grunde auch gar nicht, denn nachdem einmal der Fehler gemacht wurde, das Privateigentum einzuführen, lief das Geschehen quasi hinter ihrem Rücken ab. Schon hier sieht man: Eine Selbstverantwortung des Menschen lehnt die Marx'sche Theorie ab. Der Mensch ist Produkt der Verhältnisse, er ist nicht Täter seines Tuns. Ändert sich das nach der Revolution?

DER WEG ZUM KOMMUNISMUS

Auch nach der Revolution ist das Gute nicht sofort da, denn die Menschen sind noch von den alten Verhältnissen geprägt. Das Bewusstsein hinkt den Umständen immer hinterher. Deshalb unterscheidet Marx drei Phasen des Kommunismus; erst am Ende ist das „Paradies auf Erden“ erreicht, das Marx natürlich nie so bezeichnen würde, das jedoch, äußerlich betrachtet, alle Kennzeichen des Paradieses aufweist: Es bleibt kein Wunsch mehr offen.

In der ersten Phase, dem „rohen Kommunismus“¹⁴ (I), wird die Habsucht, die den Kapitalismus bestimmte, universell: Jetzt können auch diejenigen ihre Unmenschlichkeit ausleben, die bisher aufgrund ihres Unterdrückt-Seins nicht dazu in der Lage waren. Die Reichen werden gewaltsam enteignet, und alle wollen alles haben. Da das nicht geht, wird eben das, was nicht von allen besessen werden kann, zerstört. Das gilt auch für persönliche Besitztümer wie das Talent. (Wie kann man sich die „gewaltsame Abstraktion“ vom Talent, von der Marx spricht, eigentlich anders vorstellen als durch die Vernichtung des Talentierten?) „Neid und Nivelierungssucht“¹⁵ herrschen allenthalben, zerstört werden muss, was ungleich macht. So sinkt das Leben auf seine primitivste Stufe herab, alle sind gleich arm.

Im entwickelten Kommunismus¹⁶ (II) herrscht erst Diktatur oder Demokratie. Allerdings darf man sich hier keine Demokratie nach liberalem Muster vorstellen, diese lehnt Marx natürlich ab. Schließlich stirbt der Staat ab, und allmählich wirken sich die veränderten Verhältnisse auch auf das Bewusstsein aus; das Privateigentum gerät langsam in Vergessenheit.

Im vollendeten Kommunismus¹⁷ (III) ist das Ziel endlich erreicht. Niemand denkt mehr in Kategorien des Haben-Wollens. Jeder versteht sich nur noch als gesellschaftliches Wesen; das ist das neue Verständnis von Individualismus.¹⁸ Der Staat ist überflüssig geworden. Nun sind alle Gegensätze zwischen den Menschen geschwunden, weil die Habsucht gegenstandslos geworden ist; es gibt kein Privateigentum mehr. Befreit von allen Lasten des Lebens, von allen Konflikten, von aller Herrschaft entfaltet sich die Menschlichkeit des Menschen. Denn das Böse ist besiegt – so kann nur das Gute übrigbleiben.

DER MENSCH IM KOMMUNISMUS

Warum ist das Leben im Kommunismus Verwirklichung des wahren Mensch-Seins und somit der eigentliche Humanismus? Der Mensch erkennt sich als sinnliches, d. h. von seiner Körperlichkeit her bestimmtes Wesen, und weil ihm niemand mehr das wegnimmt, was er produziert, kann er sich in seiner sinnlichen Schöpfung wiedererkennen. Damit endet die Entfremdung.

Der neue Mensch des Kommunismus will das Geschaffene aber nicht behalten, denn es gibt ja keine Habsucht mehr. Jeder produziert für die Gesellschaft und freut sich daran, etwas Schönes hervorgebracht zu haben, ohne es besitzen zu wollen. Da alle Unterschiede zwischen den Menschen getilgt sind, gibt es auch keine Feindschaft mehr: Im anderen Menschen erkennt sich jeder selbst wieder, und er sieht in allen zugleich die Menschheit. Deswegen ist er im Prinzip unsterblich, denn er stirbt bloß als Individuum, lebt jedoch in der Gattung fort.

Da der Mensch sich jetzt als Schöpfer von allem erkennt – auch die Natur besteht im Grunde erst durch ihn, durch seine Bearbeitung –, braucht er keinen Gott mehr. Wer im Kommunismus aber noch immer nach Gott fragt, dem erteilt Marx ein Frageverbot.¹⁹ Die Frage nach etwas, das größer ist als der Mensch, darf es im Kommunismus nicht mehr geben, bzw. sie ist „praktisch unmöglich geworden“.²⁰ Denn sie zu stellen wäre ein Zeichen von Selbstvergessenheit, die es unter den richtigen Verhältnissen eigentlich gar nicht mehr geben kann. Das Denken bildet die Verhältnisse ja nur ab; insofern kann man im Richtigen gar nicht mehr falsch denken.

EINE HUMANISTISCHE THEORIE ODER EINE TOTALITÄRE IDEOLOGIE?

Ob diese von Marx als Geschichtsziel anvisierte Gesellschaft nun tatsächlich das Humanum verwirk-

licht, hängt natürlich gänzlich davon ab, welches Menschenbild hier zugrundegelegt ist. Wie sieht Marx den Menschen?

- Offenbar ist das Geistige des Menschen für Marx etwas ganz Nachgeordnetes; das Entscheidende ist das Physische. Das, was dem Menschen spezifisch ist, wird ihm also als Spezifisches genommen.
- Um das richtige Leben braucht der Mensch sich nicht zu bemühen, es kommt von außen; das heißt, er trägt auch keine Verantwortung.
- Der Mensch kann erst menschlich werden, wenn er unter den richtigen Verhältnissen lebt. Damit verdankt er sich nicht sich selbst.
- Der Mensch muss von allen Problemen entlastet werden, nur dann ist er menschlich. Ihm wird also die Lebensaufgabe genommen.
- Auch wie der Mensch zu denken hat, muss er nicht mehr selbst entscheiden. Das bedeutet, im Kommunismus kann es letztlich nur noch eine Art zu denken geben – diejenige, welche die nunmehr richtigen gesellschaftlichen Verhältnisse getreulich widerspiegelt.

Nimmt man alles zusammen, so entpuppt sich der Kommunismus als totales Entmündigungsprogramm: Die Wahrheit ist schon da; Individualismus ist nicht mehr nötig und nicht mehr möglich, denn das würde wieder bedeuten, etwas für sich haben und ungleich sein zu wollen; der einzelne ist nur noch Teil des Kollektivs. Das wäre, so es realisierbar wäre, das Ende aller Unterschiede, das Ende des Kampfes, vielleicht aber auch das Ende des Menschen?

Idyllisch mutet die Zielvorstellung von Marx jedenfalls nicht an. Wie ist nun aber das Verhältnis seiner Theorie zur Praxis der sozialistischen Staaten zu bewerten?

Erstens: Schon im Kommunistischen Manifest erklärt Marx zusammen mit Engels, dass die kommunistische Bewegung der Führung durch die Partei und die Gesellschaft der Diktatur des Proletariats bedürfe.²¹ Solange der vollendete Kommunismus und damit das richtige Bewusstsein noch nicht erreicht sind, muss also eine Avantgarde der Arbeiterklasse, vertreten durch die Partei, die Führung übernehmen.

Zweitens: Weil bei Marx alles auf eine Ursache zurückzuführen ist – die ökonomischen Verhältnisse –, lässt sich von diesen her auch alles erklären; für die Praxis kann das nur bedeuten, dass der Pluralismus sich überlebt hat. Es gibt nur eine Wahrheit.

Drittens: Wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse das Bewusstsein bestimmen, dann kann das Bewusstsein auch nur widerspiegeln, was ist. So ist der Schluss nicht abwegig, dass derjenige, der unter den – fast schon ganz richtigen – Verhältnissen immer noch falsch denkt (z. B. die Partei kritisiert), einen Bewusstseinsdefekt haben muss. Darauf kann man auf drei verschiedene Weisen reagieren: bei nachgewiesenem Irrtum Umerziehung; bei Unbelehrbarkeit Psychiatrie, weil der Betreffende geistig krank sein muss; bei verstockter Leugnung Gefängnis oder Tod. Denn ein solcher Mensch ist böse – so böse, dass er sogar den richtigen Verhältnissen widerstehen kann.

Kurzum: Der Dogmatismus der Theorie, das reduktionistische Menschenbild und die Verlagerung von Gut und Böse vom Menschen auf die Verhältnisse lassen in der Umsetzung im Grunde gar nichts anderes zu als ein Zwangssystem. Wenn der Mensch dem Bild, das der Theoretiker sich von ihm gemacht hat, nicht entspricht, muss er eben ihm gemäß gemacht werden. So mutiert das verheißene Reich der Freiheit und Gleichheit zu einem Regime, das in das Innere des Menschen hineinzugreifen und ihm damit tatsächlich die entscheidende Freiheit zu nehmen versucht: die geistige Freiheit. Und das hat nicht bloß die nahezu weltweit unternommene praktische Erprobung gezeigt. Das war bereits in der Theorie erkennbar.

|| PROF. DR. BARBARA ZEHNPFENNIG

Inhaberin der Professur für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Passau

ANMERKUNGEN

- ¹ Das bezeugt z. B. ein großer Philosophiekongress, der unter dem Titel „Rethinking Marx“ im Mai 2011 an der Humboldt Universität zu Berlin abgehalten wurde. Aber auch eine Haltung wie die der Parteivorsitzenden der Linken Gesine Löttsch, die sich von der Rosa-Luxemburg Konferenz gerne dazu auffordern ließ, über „Wege zum Kommunismus“ nachzudenken, da die Idee des Kommunismus doch „uralt“ sei und die „Sehnsucht nach einer gerechten Gesellschaft“ (Die Welt, 7.1.2011) ausdrücke, bedeutet natürlich eine Rehabilitierung des entscheidenden Vordenkers des Kommunismus.
- ² Vgl. Marx, Karl: Das Kapital I, in: Marx Engels Werke (MEW), hrsg. von Karl Marx und Friedrich Engels in 43 Bänden, Bd. 23, Berlin 1977, S. 666 f., 673; sowie Das Kapital III, in: MEW, Bd. 25, Berlin 1977, S. 228 f.
- ³ Zu der Fragwürdigkeit der ökonomischen Theorie von Marx vgl. Hansen, Hendrik: Die Kapitalismuskritik von

Karl Marx – Grundlage für eine gerechtere Gesellschaft? Vortrag im Rahmen der Tagung „20 Jahre wiedervereinigt – Versuch einer Bestandsaufnahme“, Berlin 29.5.2010, <http://www.fluchthilfe.de/dr-hendrik-hansen-html>, Stand: 7.7.2011.

- ⁴ Kritik des Gothaer Programms, in: MEW, Bd. 19, Berlin 1976, S. 21.
- ⁵ Marx, Karl: Ökonomisch-Philosophische Manuskripte, hrsg. von Barbara Zehnpfennig, Hamburg 2005, S. 95.
- ⁶ So betont das anonyme Herausgeberkollektiv der MEW-Ausgabe, den „Manuskripten“ haften noch das „Unvollkommene“, „Unfertige“ und vom „philosophischen Idealismus und Anthropologismus“ Geprägte an, das Marx später im „wissenschaftlichen Sozialismus“ überwunden habe, s. MEW, Ergänzungsband I, Berlin 1968, S. XXI.
- ⁷ Einen guten Überblick über die Forschungslage gibt Schmiechen-Ackermann, Detlef: Diktaturen im Vergleich, Darmstadt 2002.
- ⁸ Marx: Ökonomisch-Philosophische Manuskripte, S. 78.
- ⁹ Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, Berlin 1977, S. 466 f.
- ¹⁰ Vgl. dazu Hansen, Hendrik: Verbände als Speerspitze des Klassenkampfes: Karl Marx, in: Klassiker der Verbändeforschung, hrsg. von Martin Sebaldt und Alexander Straßner, Wiesbaden 2006, S. 145-165.
- ¹¹ „Die Nationalökonomie geht vom Faktum des Privateigentums aus. Sie erklärt uns dasselbe nicht. Sie fasst den materiellen Prozess des Privateigentums, den es in der Wirklichkeit durchmacht, in allgemeine, abstrakte Formeln, die ihr dann als Gesetze gelten. Sie begreift diese Gesetze nicht“, in: Marx: Ökonomisch-Philosophische Manuskripte, S. 55.
- ¹² Es wird zwar immer wieder darauf hingewiesen, dass Marx nicht vom Privateigentum schlechthin, sondern nur vom Privateigentum an Produktionsmitteln sprach. Da ersteres aber in letzteres verwandelt werden kann, trägt rein logisch im Grunde jedes Privateigentum den Keim des Verderbens in sich.
- ¹³ „Je mehr der Arbeiter sich ausarbeitet, umso mächtiger wird die fremde, gegenständliche Welt, die er sich gegenüber schafft“, in: Marx: Ökonomisch-Philosophische Manuskripte, S. 57.
- ¹⁴ Marx: Ökonomisch-Philosophische Manuskripte, S. 84-86.
- ¹⁵ Ebd., S. 84.
- ¹⁶ Dieser zweiten Phase des Kommunismus gibt Marx selbst keinen Namen.
- ¹⁷ Marx: Ökonomisch-Philosophische Manuskripte, S. 86-99.
- ¹⁸ „Es ist vor allem zu vermeiden, die ‚Gesellschaft‘ wieder als Abstraktion dem Individuum gegenüber zu fixieren. Das Individuum *ist* das *gesellschaftliche Wesen*“, in: Marx: Ökonomisch-Philosophische Manuskripte, S. 89 (Hervorhebung von Marx).
- ¹⁹ „Denke nicht, frage mich nicht“ (Marx: Ökonomisch-Philosophische Manuskripte, S. 98) – so beendet Marx die den Menschen bedrängende Suche nach dem Ursprung der Welt durch den „Ukas des Spekulators“, wie Voegelin, Eric: Wissenschaft, Politik und Gnosis, München 1959, S. 36, es formulierte.
- ²⁰ Marx: Ökonomisch-Philosophische Manuskripte, S. 98.
- ²¹ Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, 2. Abschnitt, Proletarier und Kommunisten, S. 474-482.

DIE LINKE – (AUCH) EINE KOMMUNISTISCHE PARTEI?

ECKHARD JESSE || Der Artikel von Gesine Löttsch, der Vorsitzenden der Partei der Linken, über „Wege zum Kommunismus“ hat ein großes – überwiegend negatives – Echo hervorgerufen. In diesem Beitrag beruft sich Löttsch öfter auf Rosa Luxemburg. Die Konzeption der Begründerin der Kommunistischen Partei Deutschlands, nach der die parteinahe Stiftung genannt ist, eignet sich nicht für die Weiterentwicklung der parlamentarischen Demokratie. Die Partei distanziert sich zwar vom „Stalinismus“, aber nicht vom „Kommunismus“.

EINLEITUNG

„Der Landtag verurteilt den Versuch, den Kommunismus als gesellschaftliche Alternative zu unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung darzustellen. Kommunistische Gesellschaftsmodelle haben in der Praxis des 20. Jahrhunderts millionenfaches Leid über die Menschheit gebracht. Diese Ideologie hat ausgedient. Sie wurde in der friedlichen Revolution 1989/90 von den Menschen in ganze Europa eindeutig abgelehnt und abgewählt und hat in der Zukunft des Landes Sachsen-Anhalt keinen Platz.“¹ Dieser Beschluss des Landtags von Sachsen-Anhalt wurde mit den Stimmen der Abgeordneten der Partei der Linken verabschiedet. Ist damit die Frage, ob die Linke (auch) eine kommunistische Partei ist, nur rhetorischer Natur. Mitnichten! Zum einen stand in Sachsen-Anhalt eine Landtagswahl an, zum anderen wurde und wird der schillernde Begriff des Kommunismus in der Linken in der Regel nicht negativ definiert. Gleichwohl musste die Partei über ihren Schatten springen.

Wie ist der Beitrag aufgebaut? Zunächst gehe ich auf den Artikel von Gesine Löttsch ein, der die Kommunismusdebatte ausgelöst hat. Danach befasse ich mich mit den unterschiedlichen Reaktionen aus den Reihen der Partei „Die Linke“. Schließlich wende ich mich einer Ikone dieser Partei zu, Rosa Luxemburg, die bei ihr als „demokratische Kommunistin“ firmiert und die in dem Artikel von Gesine Löttsch eine tragende Rolle spielt. Im Vordergrund steht dabei Luxemburgs Haltung zur russischen Oktoberrevolution, weil dies der Lackmustest (mit Blick auf die demokratiethoretische Einordnung) ist. Der Beitrag, in dessen Zentrum die Auseinandersetzung mit Luxemburg steht, schließt mit einigen Thesen.

GESINE LÖTZSCHS „WEGE ZUM KOMMUNISMUS“

„Nicht hilfreich“² – die Wendung Angela Merkels zum umstrittenen Bestseller Thilo Sarrazins „Deutschland schafft sich ab“ machte die Runde innerhalb der Partei „Die Linke“. Mit diesen Worten kritisierte Bodo Ramelow, der Chef der Linksfraktion im Thüringer Landtag, den Vorsitzenden Klaus Ernst, weil er Repräsentanten der Partei aus dem Osten gescholten hatte. Und mit einer solchen Formulierung bedachte Klaus Lederer, der Berliner Landesvorsitzende der Partei „Die Linke“, die Aussage Gesine Löttschs, dem östlichen Pendant zu Ernst, zur Zukunft des Kommunismus. Es gibt freilich auch – und vor allem – Stimmen, die in einer Art Wagenburgmentalität alle Einwände reflexhaft abwehren. Die Wellen schlugen hoch – vor allem außerhalb der Partei.

Löttsch hatte in der „jungen Welt“, einer links-extremistischen Zeitung, im Vorfeld der von dieser Postille veranstalteten Rosa-Luxemburg-Konferenz einen Artikel über „Wege zum Kommunismus“ veröffentlicht. „Die Wege zum Kommunismus können wir nur finden, wenn wir uns auf den Weg machen und sie ausprobieren, ob in der Opposition oder in der Regierung.“³ Zuvor hatte sie das Selbstbewusstsein von Thomas Edison, dem Erfinder der Glühlampe, gerühmt. Dieser habe nach eigener Aussage 10.000 Wege gefunden, die nicht funktionierten. Löttsch vergleicht damit zynisch technische Experimente mit Experimenten an Menschen. Die „Wege zum Kommunismus“ sind, wie wir aus leidvoller Erfahrung wissen, tatsächlich schreckliche Irrwege, getränkt mit dem Blut von Millionen Opfern.

Der Blick in die Geschichte, den Löttsch bietet, ist verengt, getrübt. Sie glorifiziert Rosa Luxemburg, nach der die parteinahe Stiftung benannt ist. Die

Anhängerin der „Diktatur des Proletariats“ wird mit dem folgenden Satz zustimmend zitiert: „So soll die Machteroberung nicht eine einmalige, sondern eine fortschreitende sein, indem wir uns hineinpresse in den bürgerlichen Staat, bis wir alle Positionen besitzen und sie mit Zähnen und Nägeln verteidigen.“⁴ In den weiteren Ausführungen beruft Lötzsich sich zweimal auf Luxemburgs „hineinpresse“ – öffentliche Interessen in das „bürgerliche Eigentum“ und „Ansätze einer neuen Gesellschaft“ in die alte, „bis sich beweist, dass dem demokratischen Sozialismus die Zukunft gehört.“⁵ Dieser demokratische Sozialismus am Ende des Artikels steht in der Perspektive Lötzsichs in keinem Gegensatz zu dem anfangs erwähnten Kommunismus, denn sonst wäre eine Differenz markiert worden. Offenkundig wollte die Vorsitzende der Partei „Die Linke“ mit ihrem Plädoyer für den Kommunismus auch jene erreichen, die der politischen Kraft „Verbürgerlichung“ vorwerfen.

Lötzsich betreibt Geschichtsklitterung. Sie setzt die heutige Sicherheitspolitik mit der unrühmlichen „Kanonenbootpolitik“ des Kaiserreiches gleich. Und sie bringt es fertig, die Entstehung ihrer Partei auf den „Widerstand“ der PDS gegen einen „marktradikalen Weg“⁶ der Vereinigung zurückzuführen, auf den Jugoslawien-Krieg der NATO sowie die Hartz-IV-Reformen. Vom Zusammenbruch der SED-Diktatur und der friedlichen Revolution findet sich kein Wort. Offenbar möchte die Partei ihre wenig rühmliche Vergangenheit vergessen machen.

DIE REAKTION IN DER PARTEI „DIE LINKE“ AUF LÖTZSCHS ARTIKEL

Die Reaktionen der Partei „Die Linke“ auf die Äußerungen von Gesine Lötzsich fielen schillernd aus. Die Partei war von der offensiv vorgetragenen Ablehnung der demokratischen Kräfte überrascht. Sie geriet dadurch öffentlich in die Defensive. SPD und Grüne rückten von der Linken als einem möglichen Koalitionspartner auf der Bundesebene deutlich ab.

Der Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi wies auf die Doppeldeutigkeit des Begriffs „Kommunismus“ hin: „Stalin, Mao und die Mauer etwa. Oder das, was Marx meinte: eine Gesellschaft ohne Klassenunterschiede, in der Eigentum sozial gerecht verteilt ist und alle weniger arbeiten müssen, die Vision einer in jeder Hinsicht gerechten menschlichen Gesellschaft.“⁷ Gysi präferiert die letzte Variante, aber da viele Wähler den Begriff nicht so verstehen, müsse auf seinen Gebrauch verzichtet werden. Auch

Oskar Lafontaine, Gysis früherer Co-Vorsitzender im Bundestag, blieb in diesen Argumentationsbahnen – die Linke sei keine kommunistische Partei. Er bezeichnete den zentralen Satz von Lötzsich als „unglücklich“.⁸ Klaus Ernst, neben Lötzsich der Vorsitzende der Partei, vertrat ebenso diese Position und erklärte, der Beitrag werde teilweise „böartig falsch interpretiert“.⁹

Dies war die Mehrheitsmeinung, doch gab es gleichwohl andere Stimmen. So hieß es bei Heinz Bierbaum, dem stellvertretenden Vorsitzenden, Kommunismus stehe „synonym für eine andere, bessere Gesellschaft mit einer Perspektive über die kapitalistische Gesellschaft hinaus.“¹⁰ Noch weiter ging der nordrhein-westfälische Landesverband der Linken, der die Position von Lötzsich guthieß. Und die Studentenorganisation Die Linke.SDS tat dies ebenso: „Wir begrüßen ihren [Lötzsich] positiven Bezug auf den Kommunismus als Fernziel der Partei.“¹¹

Gesine Lötzsich sagte ihre Beteiligung an der Diskussionsrunde bei der Rosa-Luxemburg-Konferenz u. a. mit der ehemaligen RAF-Terroristin Inge Viett und der DKP-Vorsitzenden Bettina Jürgensen zwar ab, hielt aber auf dieser Konferenz eine Rede, in der sie ihren Artikel interpretierte. Ihre Aussagen fielen lavierend aus. „Wir haben schon 1990 auf unserem Gründungsparteitag mit dem Stalinismus gebrochen und uns bei den Opfern entschuldigt. ... Beim Schreiben meines Artikels für die junge Welt habe ich natürlich an die Opfer des Stalinismus gedacht, und zwar an alle. Aber gerade deshalb wäre es falsch, den Mantel des Schweigens über die Idee des Kommunismus auszubreiten.“¹² Sie greift damit Gregor Gysi an, der den Begriff des Kommunismus nicht mehr verwenden möchte.

Angesichts der kapitalistischen Klassengesellschaft dürfe es nicht wundern, wenn viele Menschen von einer klassenlosen Gesellschaft reden. „Nicht das Nachdenken über eine gerechtere Gesellschaft, sondern der Kapitalismus heutiger Prägung ist ein Skandal! Und darum wird jeder Gedanke an eine andere Gesellschaft von den Herrschenden als Bedrohung empfunden. Denkverbote werden ausgesprochen, auch der Einsatz des gesamten Repressionsapparates wird angedroht. Doch das schreckt immer weniger Menschen.“¹³ Die Linke lehne Terrorismus ab (im Gegensatz zur NATO, die in Afghanistan gegen den Willen der dortigen Bevölkerung die Demokratie „herbeizubomben“ versuche) und glaube, für ihre Ideen eine gesellschaftliche Mehrheit zu erlangen. Die Linke müsse aufpassen, dass die Bevölkerung sie nicht mit den „Herrschenden“ in

einen Topf werfe. Lötzsch schließt mit den folgenden Worten: „Deshalb sind wir der Meinung, dass der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist und dass dem demokratischen Sozialismus die Zukunft gehört.“¹⁴ Eine Distanzierung vom Kommunismus sieht anders aus. Bei der Aktuellen Stunde im Bundestag am 21. Januar 2011 zu den Äußerungen von Gesine Lötzsch fehlte die Urheberin der Kontroverse.

Wer die Reaktion der Partei zusammenfasst, erkennt keine klaren Positionen: Ablehnung des Stalinismus, keine Ablehnung des Kommunismus und Befürwortung des „demokratischen Sozialismus“. Selbst die Lötzsch-Kritiker aus den eigenen Reihen argumentierten strategisch, nicht prinzipiell: Der Begriff des Kommunismus sei gesellschaftlich in Verruf geraten. Deswegen verbiete sich seine Verwendung. Eine Grundsatzkritik sieht anders aus. Keiner warf die Frage auf, ob die „Kommunistische Plattform“ noch eine Berechtigung in der Partei habe.

DIE KOMMUNISTIN ROSA LUXEMBURG UND IHR „DEMOKRATISCHER SOZIALISMUS“

Die Linke schmückt sich mit dem Namen Rosa Luxemburg:¹⁵ Darin ist sich die Partei einig. Nicht nur Lötzsch beruft sich auf sie. 1999 hatte „ihre“ Stiftung, die seit jenem Jahr Globalzuschüsse aus dem Bundeshaushalt bezieht, den bisherigen Namen „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung“ um den von Rosa Luxemburg erweitert. Die Linke knüpft an die jährlichen Ehrungen der SED an, wenngleich in weniger plumper Form. Berlin-Friedrichsfelde ist nach wie vor ein Wallfahrtsort. So erklärten im Januar des Jahres 2001 die damalige PDS-Vorsitzende Gabriele Zimmer und die Berliner Landesvorsitzende Petra Pau: „Die jährliche Luxemburg-Liebkecht-Ehrung in der Berliner ‚Gedenkstätte der Sozialisten‘ hat sich mit durchschnittlich 100.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zur größten linken Manifestation in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt.“¹⁶

Rosa Luxemburg, Gründungsmitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands Ende 1918, lobte in ihrer Schrift „Zur russischen Revolution“ entgegen manchen Mythen Lenin und seine Bewegung zum Teil euphorisch. „Dass die Bolschewiki ihre Politik gänzlich auf die Weltrevolution des Proletariats stellten, ist gerade das glänzendste Zeugnis ihres politischen Weitblicks und ihrer grundsätzlichen Treue, des kühnen Wurfs ihrer Politik.“¹⁷ Das Lob für den Bolschewismus verband

sich mit einem wütenden Tadel für die deutschen Sozialdemokraten, aus deren Reihen sie entstammte. „Als eingefleischte Zöglinge des parlamentarischen Kretinismus übertragen sie auf die Revolution einfach die hausbackene Weisheit aus der parlamentarischen Kinderstube: um etwas durchzusetzen, müsse man erst die Mehrheit haben. Also auch in der Revolution: Zuerst werben wir eine ‚Mehrheit‘. Die wirkliche Dialektik der Revolutionen stellt aber diese parlamentarische Maulwurfsweisheit auf den Kopf: Nicht durch Mehrheit zur revolutionären Taktik, sondern durch revolutionäre Taktik zur Mehrheit geht der Weg. Nur eine Partei, die zu führen, d. h. vorwärtszutreiben versucht, erwirbt sich im Sturm die Anhängerschaft. Die Entschlossenheit, mit der Lenin und Genossen im entscheidenden Moment die einzige vorwärtstreibende Losung ausgegeben haben: Die ganze Macht in die Hände des Proletariats und der Bauern!, hat sie fast über Nacht aus einer verfolgten, verleumdeten, ‚illegalen‘ Minderheit, deren Führer sich wie Marat in den Kellern verstecken mussten, zur absoluten Herrin der Situation gemacht.“¹⁸

Obwohl Luxemburg die russische Revolution überschwänglich guthieß, übte sie in drei Punkten Kritik. Die ersten zwei fallen bei einer Würdigung der Schrift meistens unter den Tisch, während der dritte Aspekt mittlerweile legendäre Bedeutung gewonnen hat. Mit der Kritik an den ersten beiden Punkten rennt Luxemburg offene Türen ein, hatte sich Lenin doch lediglich aus taktischen Gesichtspunkten für bäuerliches Privateigentum und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen angesprochen. Die beiden Beispiele werfen indes Licht auf ihr obskures Demokratieverständnis.

Erstens erscheint Luxemburg die Aufteilung von Grund und Boden an die Bauern als kritikwürdig. „Sie ist nicht nur keine sozialistische Maßnahme, sondern sie schneidet den Weg zu einer solchen ab, sie türmt vor der Umgestaltung der Agrarverhältnisse im sozialistischen Sinne unüberwindliche Schwierigkeiten auf.“¹⁹ Die Autorin sieht in den Bauern, die nun Besitz zu verteidigen haben, gefährliche Feinde des Bolschewismus.

Zweitens prangert Luxemburg Lenins Parole vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen an. Diese trage zur Schwächung Russlands bei. Die Bolschewiki „haben durch diese Förderung des Nationalismus den Zerfall Russlands selbst herbeigeführt, vorbereitet und so den eigenen Feinden das Messer in die Hand gedrückt, das sie der russischen Revolution ins Herz stoßen sollten.“²⁰

Drittens schließlich kritisiert sie die Einschränkung der Freiheiten durch den Bolschewismus. „Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d. h. Diktatur im rein bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobiner-Herrschaft.“²¹ Im Zusammenhang gelesen wird deutlich, dass die Verfasserin die parlamentarische Demokratie verwirft.²² Die von ihr gepriesene „sozialistische Demokratie“ fällt mit der „Diktatur des Proletariats“²³ zusammen.

Zum Schluss präsentiert Luxemburg die Quintessenz ihrer Argumentation. Sie erhebt, was bei ihr im Vordergrund steht: die Verteidigung Lenins, weniger die Kritik an ihm. „Die Bolschewiki haben gezeigt, dass sie alles können, was eine echte revolutionäre Partei in den Grenzen der historischen Möglichkeiten zu leisten imstande ist. Sie sollen nicht Wunder wirken wollen. Denn eine muster-gültige und fehlerfreie proletarische Revolution in einem isolierten, vom Weltkrieg erschöpften, vom Imperialismus erdrosselten, vom internationalen Proletariat verratenen Lande wäre ein Wunder. Worauf es ankommt, ist, in der Politik der Bolschewiki das Wesentliche vom Unwesentlichen, den Kern von dem Zufälligen zu unterscheiden. In dieser letzten Periode, in der wir vor entscheidenden Endkämpfen in der ganzen Welt stehen, war und ist das wichtigste Problem des Sozialismus, geradezu die brennende Zeitfrage nicht diese oder jene Detailfrage der Taktik, sondern: die Aktionsfähigkeit des Proletariats, die revolutionäre Tatkraft der Massen, der Wille zur Macht des Sozialismus überhaupt. In dieser Beziehung waren die Lenin und Trotzki mit ihren Freunden die ersten, die dem Weltproletariat mit dem Beispiel vorangegangen sind, sie sind bis jetzt immer noch die einzigen, die mit Hutten ausrufen können: Ich hab's gewagt!“²⁴

Ihre einstigen Bündnisgenossen (Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann) beschimpfte sie auf dem Gründungsparteitag der KPD mit wüsten Worten – als „Zuchthäusler, die überhaupt nicht in eine anständige Gesellschaft hineingehören.“²⁵ In der „Roten Fahne“ ließ sie sich über die USPD, die linke Konkurrenz der Mehrheitssozialdemokratie, zu folgenden Äußerungen hinreißen: „Vor allem aber muss die nächste Zeit der Liquidierung der USP, dieses verwesenden Leichnams gewidmet werden, dessen Zersetzungsprodukte die Revolution vergiften. Die Auseinandersetzung mit der Kapitalistenklasse gestaltet sich in Deutschland in erster Linie als Abrechnung mit den Scheidemann-Ebert, die die Schutzwand der Bourgeoisie sind. Und die Abrechnung mit den Scheidemannern setzt voraus die Liquidierung der USP, die als Schutzwand der Ebert-Scheidemann fungiert.“²⁶

Nach wie vor steht die Idealisierung Rosa Luxemburgs in einem bemerkenswerten Gegensatz zur Geringschätzung von Friedrich Ebert, der an der Spitze der deutschen Revolution 1918/19 stand und ihr zugleich die revolutionäre Spitze nahm. Die linksextremistische Militanz Luxemburgs ist weniger ein Ergebnis des Verhaltens der Sozialdemokratie, hatte sich schon zuvor herausgebildet und wurde durch den Zusammenbruch des Kaiserreiches verstärkt. Die parlamentarische Demokratie, die dadurch erreicht war, interessierte die Revolutionärin nicht.

„Die Revolution hat keine Zeit zu verlieren, sie stürmt weiter über noch offene Gräber, über ‚Siege‘ und ‚Niederlagen‘ hinweg – ihren großen Zielen entgegen. Ihren Richtlinien, ihren Wegen mit Bewusstsein zu folgen ist die erste Aufgabe der Kämpfer für den internationalen Sozialismus. ... die Revolution ist die einzige Form des ‚Krieges‘ – auch dies ihr besonderes Krisengesetz –, wo der Endsieg nur durch eine Reihe von ‚Niederlagen‘ vorbereitet werden kann! ... Ihr stumpfen Schergen! Eure ‚Ordnung‘ ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon ‚rasselnd wieder in die Höh‘ richten‘ und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verbinden. Ich war, ich bin, ich werde sein.“²⁷ Solche militant-pathosgetränkten Worte – es waren ihre letzten zu Lebzeiten gedruckten – haben erstaunlicherweise zu ihrem Nachruhm bis in die heutige Zeit beigetragen, weniger zu distanzierenden Kommentaren.

Luxemburgs so erbitterte wie verbitterte Polemik gegen die „Führer“ der deutschen Sozialdemokratie, denen sie Verrat an der Revolution vorwirft, zeugt

von manichäischen Denkmustern. Sie wurde damit zur „Kronzeugin des Kampfes gegen die demokratische Republik von links“.²⁸ Aber es wäre verfehlt, sie mit ihrer Schrift über die russische Revolution als „Kronzeugin des Kampfes gegen die undemokratische Republik von links“ anzusehen. Diesem Trugschluss unterliegen viele.²⁹ Die Gründe dafür sind vielgestaltig. Die Ermordung der jüdischen Revolutionärin hat dazu ebenso beigetragen wie ihr intellektuelles Charisma, das selbst auf Kritiker faszinierend wirkt(e). Diese Umstände entbinden jedoch nicht von einer kritischen Einordnung ihrer Person. Daran lässt es die Partei „Die Linke“ missen, wie die Diskussion um die Thesen von Gesine Lötzsch einmal mehr gezeigt hat.

ABSCHLIEßENDE THESEN

These 1: Auch wenn die Partei „Die Linke“ den undemokratischen „demokratischen Zentralismus“ der SED ablehnt und mit dem harten Extremismus der NPD nicht auf einer Stufe steht, ist sie, die die „Systemfrage“ stellt, keine Partei, die den demokratischen Verfassungsstaat ohne Wenn und Aber verteidigt. Sie will ihn vielmehr überwinden. Anders sind die Kommunismus-Aussagen Gesine Lötzschs kaum verstehbar. Ihre Orientierung an Rosa Luxemburg stärkt die freiheitliche Ordnung nicht, sondern hebt sie aus. Offenkundig ging durch den Zusammenschluss zwischen Linkspartei und der WASG keine Mäßigung einher, sondern eher eine Radikalisierung.

These 2: Die Rezeption der Thesen von Gesine Lötzsch fiel in der Partei unterschiedlich aus. Während die einen ihr zustimmten, kritisierten sie andere. Allerdings war diese Kritik taktischer, nicht prinzipieller Natur. Der Begriff des Kommunismus werde in der Gesellschaft mit den Verbrechen des Stalinismus verbunden. Wie das Beispiel zeigt, war die Partei zu einer grundsätzlichen Absage an den Kommunismus oder an Luxemburg nicht bereit.

These 3: Wer die Frage zu beantworten sucht, ob Rosa Luxemburg für Demokratie oder für Diktatur eingetreten ist, muss zwischen dem Selbstverständnis und dem Fremdverständnis unterscheiden. Nach dem Selbstverständnis sah sie zwischen der „sozialistischen Demokratie“ und der „Diktatur des Proletariats“ keinerlei Widerspruch, interpretierte diese vielmehr als höchste Form der Demokratie. Argumentiert der Betrachter von den Maximen des demokratischen Verfassungsstaates aus, so fällt es ihm schwer, Elemente bei Rosa Luxemburg zu finden, die sich in diese Konzeption einfügen lassen. Inso-

fern ist das Urteil eindeutig. Der demokratische Verfassungsstaat stellte für Luxemburg keinen Eigenwert dar, sondern diene ihr als Mittel zum Zweck der Forcierung der proletarischen Revolution. Die Kritik an Lenin, überwiegend vom Glauben an den Massenspontaneismus inspiriert, war keineswegs grundlegender Natur.

These 4: Eine Historisierung dürfte zu dem Ergebnis kommen, dass durch den Mord an dieser intellektuell eindrucksvollen Persönlichkeit die extremistischen Tendenzen in der Ideologie vielfach heruntergespielt worden sind. Luxemburgs Denken ist nicht frei von apokalyptischen Tendenzen. Würde die Partei „Die Linke“ sich kritisch mit ihm auseinandersetzen und die Frage aufwerfen, welche der Ideen für die parlamentarische Demokratie geeignet oder fruchtbar zu machen sind, käme sie in Schwierigkeiten. Die stereotypen Hinweise auf die „Freiheit des Andersdenkenden“ führen in die Irre, lenken vom Kern der Sache ab. Das Werk Luxemburgs bietet dafür keine substantielle Stütze.

These 5: Die Linke wendet sich beständig gegen Antikommunismus und bezeichnet diesen als „primitiv“, ohne zu erkennen, dass nicht jeder Antikommunismus „primitiv“ sein muss, sondern durchaus „berechtigt“ sein kann. Hingegen meidet sie Grundsatzkritik am Kommunismus, hält ihn nicht für von vornherein ablehnenswert. Schließlich bietet sie u. a. einer „Kommunistischen Plattform“ Heimat. Deren einstiges Aushängeschild, Schara Wagenknecht, ist sogar stellvertretende Vorsitzende der Partei. Die Linke distanziert sich stattdessen vom „Stalinismus“, der weder sozialistisch noch kommunistisch gewesen sei. Insofern fügen sich die Äußerungen Lötzschs mit ihrer vehementen Verteidigung von Luxemburg gut in das bisherige Bild.

These 6: „Die Linke“ plant keinen gewaltsamen Umsturz. Aber eine Partei, die in ihrem Programm-entwurf den „Systemwechsel“ propagiert, ist wahrlich kein Gralshüter des demokratischen Verfassungsstaates. Extremistische Züge sind mit Händen zu greifen: die Sympathie für die kubanische Diktatur; ihr Geschichtsbild, das nicht bereit ist, den Marxismus-Leninismus von Anfang an zu verurteilen. Es gibt keinen einzigen – bekannten – Repräsentanten der Partei, der die DDR als das bezeichnet, was sie war: ein Unrechtsstaat. Erst wenn die Linke sich von der Kommunistin Rosa Luxemburg distanziert, kann sie als eine nicht-kommunistische Partei bezeichnet werden. Tendenzen in diese Richtung gibt es nicht.

|| PROF. DR. ECKHARD JESSE

Inhaber der Professur Politische Systeme,
Politische Institutionen, TU Chemnitz

ANMERKUNGEN

- 1 Landtag von Sachsen-Anhalt, 5. Wahlperiode, Drucksache 5/88/3087, 3.2.2011.
- 2 Es wird auf einen Nachweis zum verschiedenen Gebrauch dieser Wendung verzichtet.
- 3 So Löttsch, Gesine: Wege zum Kommunismus, in: junge Welt, 3.1.2011.
- 4 Ebd.
- 5 Ebd.
- 6 Ebd.
- 7 Gysi, Gregor: Wir sind keine kommunistische Partei, in: Der Tagesspiegel, 7.1.2011.
- 8 Lafontaine, Oskar: Die Linke ist keine kommunistische Partei, in: Hessische / Niedersächsische Zeitung, 8.1.2011.
- 9 Ernst, Klaus: Niemand will den Kommunismus, <http://www.soens.de>, Stand: 10.1.2011.
- 10 Bierbaum, Hein: Kommunismus steht synonym für eine andere, bessere Gesellschaft, in: Saarbrücker Zeitung, 7.1.2011.
- 11 Zitiert nach Lutz, Martin / Müller, Uwe: Das Gespenst des Kommunismus spaltet die Linke, in: Die Welt, 7.1.2011.
- 12 Löttsch, Gesine: Ich bin demokratische Sozialistin. Rede von Gesine Löttsch, Vorsitzende der Partei DIE LINKE, auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz in der Berliner Ura-
na, <http://die-linke.de>, Stand: 8.1.2011.
- 13 Ebd.
- 14 Ebd.
- 15 Ausführlicher dazu Jesse, Eckhard: Demokratie oder Diktatur? Luxemburg und der Luxemburgismus, in: Diktaturen in Deutschland. Diagnosen und Analysen, Baden-Baden 2008, S. 61-85.
- 16 Pressemitteilung der PDS, 10.1.2001.
- 17 Luxemburg, Rosa: Zur russischen Revolution, in: Gesammelte Werke, Band 4: August 1914 bis Januar 1919, Berlin (Ost) 1974, S. 334.
- 18 Ebd., S. 341.
- 19 Ebd., S. 343.
- 20 Ebd., S. 351
- 21 Ebd., S. 362.
- 22 Die bekannte Passage, wonach Freiheit immer die Freiheit der Andersdenkenden sei, ergänzt Rosa Luxemburg durch eine Begründung, die weniger bekannt ist: „Nicht wegen des Fanatismus der ‚Gerechtigkeit‘, sondern weil all das Belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die ‚Freiheit‘ zum Privilegium wird.“ Ebd., S. 359.
- 23 Ebd., S. 363.
- 24 Ebd., S. 365 (Hervorhebungen im Original).
- 25 Luxemburg, Rosa: Unser Programm und die politische Situation, in: Gesammelte Werke, Band 4, S. 506.
- 26 Dies.: Das Versagen der Führer, in: Ebd, S. 526.

- 27 Luxemburg, Rosa: Die Ordnung herrscht in Berlin, in: Gesammelte Werke, Band 4, S. 532, 534, 536 (Hervorhebung im Original).
- 28 Fücks, Rolf: Die Schattenseiten einer Lichtgestalt. Rosa Luxemburg taugt nicht als Leitfigur der Demokraten, in: Die Tageszeitung, 15.1.2000.
- 29 Die Gegensätze zwischen Lenin und Luxemburg sind nicht so massiv wie oft behauptet. Dies wird gut in einer neuen Schrift von Dietmar Dath herausgearbeitet. Vgl. ders.: Rosa Luxemburg, Berlin 2010.

KOMMUNISMUS AUS DEM WESTEN – EINE UNSCHULDIGE UTOPIE?

RUDOLF VAN HÜLLEN || Es gibt zwei Wege, über Kommunismus zu reden. In der freundlicheren Variante handelt es sich um eine Utopie, die etwas mit Gemeinschaftlichkeit, sozialer Gleichheit, gleicher Armut und Bedürfnislosigkeit sowie allgemeiner Harmonie zu tun hat. Die Utopie einer solchen sozial radikal egalitären Gesellschaft scheint auch in aufgeklärten Kulturen nicht vollständig ausrottbar zu sein. Fraglich ist allerdings, ob es sich dabei um eine menschenfreundliche oder eher um eine menschenverachtende Vision handelt. Es gibt gute Gründe anzunehmen, dass ein kommunistisches Ausmaß an Egalität mit den humanen Grundanlagen und den Prämissen der Aufklärung nicht kompatibel wäre und dass Kommunismus deshalb nur in einem System zu verwirklichen wäre, dessen Haupteigenschaften aus Terror und Langeweile¹ beständen.

Eine rein philosophische Betrachtungsweise muss indessen als unzulässig gelten. Nach den Erfahrungen des ersten realen Kommunismus-Großversuchs seit 1917 mit seinen 100 Millionen Toten kann man von diesen Ergebnissen nicht einfach abstrahieren und so tun, als ob ein weiterer Anlauf unter Beachtung der „Deformierungen“² des ersten Versuchs unternommen werden dürfe. In der zweiten Variante, über den Kommunismus zu reden, die der Zeithistoriker bevorzugt, ist „Kommunismus“ deshalb untrennbar verbunden mit jenem politischen Modell, das von 1917 bis 1989 in der damaligen Sowjetunion, ihren Bruder- und Satellitenstaaten sowie in den übrigen kommunistischen Diktaturen herrschte.

Es ist im Wesentlichen, darin folge ich dem französischen Forscher Stéphane Courtois,³ gekennzeichnet durch:

- erstens eine Doktrin, die sich im Wesentlichen auf den Wunsch nach gewaltsamer Homogenisierung von Gesellschaft nach einem vorgefassten Plan erstreckt,
- zweitens durch ein Organisationsmodell, das von der Staatspartei auf die Gesellschaft übertragen werden soll und das im Kern ein Modell terroristischer Kontrolle darstellt,
- schließlich drittens durch eine Strategie und Taktik, die sich jenseits irgendwelcher moralischen Vorstellungen darauf richtet, wie man die Macht erobert und behält.

Gegen eine solche gesellschaftsknebelnde Kombination und ihre bewaffneten Kräfte konnte man in ihrem Machtbereich fast 70 Jahre lang nichts Entscheidendes ausrichten. Dass Menschen sich anpassten und zu Mitläufern wurden, war eine der möglichen Reaktionen – übrigens eine, über die wir im Westen fairerweise nicht das Recht hatten zu richten. Wenn nun aber die Vorsitzende einer Partei, die ein solches System fast 40 Jahre zu verantworten hatte und in den neuen Bundesländern nicht gerade ohne Einfluss ist, davon spricht, es noch einmal tun zu wollen,⁴ dann sollte sie sich nicht wundern, wenn sie entsprechende Reaktionen erntet. Das passiert zu Recht, denn die Ankündigung solcher Taten durch politisch-historisch bereits einschlägig Vorbestrafte berechtigt völlig zur moralischen Missbilligung.

WESTDEUTSCHER RESTKOMMUNISMUS: EINE VERBLEIBSKONTROLLE

Die Protagonisten kommunistischer Ideen im Westen, also diejenigen, die aus der alten Bundesrepublik stammen oder vor 1989 in ihr politisch tätig waren, sind gegenüber den direkten Tätern der SED-Diktatur in einer vergleichsweise komfortableren Situation. Sie galten – und gelten noch – überwiegend als freundliche Idealisten, allenfalls etwas irregeleitet, skurril vielleicht, aber jedenfalls haben sie nicht die Erblast begangener Verbrechen zu tragen. Ihre Ideen wurden und werden vielfach

als „unschuldige Utopien“ angesehen, die aus unterschiedlichen Gründen (meistens mangels Zustimmung in der Bevölkerung) nicht zur Umsetzung kamen. Solange sie aber nicht unmittelbar mit dem Verbrechensmodell des realen Sozialismus identifiziert wurden, etikettierte man sie als „undogmatischen Marxismus“, „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ oder „westlichen Marxismus“, ihre Anhänger als „Neue Linke“. Etwas weniger Verständnis hingegen fanden allenfalls die direkten Agenturen der SED im Westen in ihrer klassischen Ausprägung als „Alte Linke“: Die DKP und in Berlin die – in der früheren „Frontstadt“ fast noch mehr verachtete – „Sozialistische Einheitspartei Westberlins“ (SEW).⁵ Aber selbst ihnen kommt bis heute eine politische Kultur zu Gute, die bei Dingen, die als „irgendwie links“ gelten, eher nicht so kritisch nachfragt. Zu Unrecht: Wo der Kommunismus als Emanation marxistisch-leninistischen Denkens im Westen scheinbar unschuldig daherkam oder es noch tut, da gebührt ihm sogar größere Verachtung als der östlichen Variante.

Seine Protagonisten hatten nämlich stets die Möglichkeit, sich ohne die Anpassungszwänge in der Diktatur frei und eigenverantwortlich für oder aber gegen ein politisches Gewalt- und Unrechtssystem zu entscheiden. Sie mögen heute einlassen, sich über die Folgen ihrer damaligen Entscheidungen getäuscht zu haben. Das entschuldigt sie aber nicht, denn bei einer halbwegs verantwortungsvollen Anspannung ihrer geistigen Kräfte standen ihnen alle Informationen offen, die sie benötigten, ihren Irrtum zu erkennen.⁶

Versteht man unter Kommunismus nicht irgendwelche kommunitaristischen Schwärmereien, sondern das marxistisch-leninistische Endziel einer klassenlosen Gesellschaft nach dem Durchgangsstadium einer Diktatur des Proletariats – im marxistisch-leninistischen Sinne auch „Sozialismus“ genannt –, so geraten als Protagonisten eines solchen Kommunismus im Westen drei Gruppen ins Blickfeld.

Da sind als erste Gruppe die eingetragenen, offenen und einst von der SED bezahlten Kommunisten: die Mitglieder der westlichen kommunistischen Parteien, in Deutschland der DKP und der SEW sowie der mit ihnen direkt affilierten Organisationen. Insgesamt haben sich über die Jahrzehnte seit 1968 mehr als 150.000 Menschen aus sehr unterschiedlicher Motivation heraus diesen Entmündigungsapparaten der „Alten Linken“ freiwillig unterworfen. Kritischen, „undogmatischen“ Anhängern

kommunistischer Ideen in der „Neuen Linken“ galten sie mindestens bis 1989 mitsamt ihren finanziell gut ausgestatteten Apparaten als geistige Drittklässler und unappetitlicher Umgang. Ihre Utopie, das wusste man in aufgeklärten linksintellektuellen Kreisen, war diejenige des realen Sozialismus, dessen kleinbürgerliche Engstirnigkeit, dessen Repressionssystem und dessen miserablen Lebensstandard man verachtete.

Die zweite Gruppe, die sich dem Kommunismus im Westen verschrieben hatte, redete am allerwenigsten über ihn. Ihr „Kommunismus light“ siedelte in den zahllosen über die DKP finanzierten Bürgerinitiativen, Drittweltgruppen und Friedensbewegungen, in denen die zweite Gruppe als Dienstleister der Kommunisten aktiv war. Weil die DKP nach 1990 als Finanzier ausfiel, wurde sie vorübergehend politisch heimatlos. Allerdings überlebte das von ihr besiedelte Milieu mindestens in Teilen, weil die Zivilgesellschaft versäumt hatte, nach ihrer Vergangenheit und ihrer Verstrickung in die SED-Diktatur zu fragen.

Die dritte Gruppe der – ursprünglichen – Kommunismusprotagonisten bildeten die sich stets intellektuell überlegen wählenden „undogmatischen“ Linken – so um die 80.000 Menschen über die Jahre ihrer revolutionären Wirksamkeit.⁷ Ihre Wurzeln liegen in dem, was in den angelsächsischen Ländern seit 1956 „New Left“ genannt wurde. „New“ insofern, weil sie sich von der Niederschlagung des ungarischen Aufstandes durch sowjetische Panzer distanzierte und dagegen den „echten“, den „Kommunismus mit menschlichem Antlitz“, einen „westlichen Marxismus“, propagierte. Der „undogmatische Kommunismus“ verschmähte dabei keineswegs Lenin und Mao Tse-Tung, Leo Trotzki, Enver Hodscha, bisweilen paradoxerweise auch nicht den Genossen Stalin. Und spätestens seit der Integration der APO in die höheren Besoldungsgruppen des Öffentlichen Dienstes und dann seit ihrer Abrundung durch Staatssekretärs- und Ministerkarrieren war es stilvoll möglich, die armen Verwandten aus der DKP so vollständig wie nur möglich zu ignorieren.

DER KOMMUNISMUS DES GELÄUTERTEN „68ERS“: „OPA ERZÄHLT VOM KRIEG“

Beginnen wir bei der Frage nach Lernfähigkeit und Wandlung – also auch nach der einer möglichen moralischen Rehabilitierung – bei dieser dritten Gruppe, denn sie hat bei der Historisierung des Kommunismus als unschuldige Utopie die zweifellos größten Erfolge vorzuweisen. Der Kommu-

nismus – das war jetzt eine idealistische Jugendsünde (gelegentlich ausgedehnt bis ins vorruhestandsfähige Alter), über dessen Unzweckmäßigkeit bei gleichzeitiger – dennoch – Wünschbarkeit man sich bevorzugt in Betroffenheitsrunden über „1968“ austauschte. Das ist bei Licht betrachtet ein ziemlich widerlicher Vorgang. Auch 1970 ff. konnte – wer verantwortungsbewusst vorging – durchaus eine Ahnung von den Verbrechen Mao Tse-Tungs und Pol Pots haben. Was die Gesellschaft regelmäßig bei den Jubiläen von „68“ über sich ergehen lassen muss,⁸ hat zu einem kräftigen Teil eben jene Qualität von „Ich war dabei / Opa erzählt vom Krieg“-Erzählungen und Bekenntnissen, die es in den Jahrzehnten zuvor eher aus dem anderen politischen Extremismus gegeben hatte.

Die praktische Lernfähigkeit der Masse der „neuen Linken“ kann man indessen kaum bezweifeln: Die früher herbeigesehnte Revolution war durch die Einführung des Bierdosenpfands substituiert worden, und niemand von den früheren Maoisten hatte irgendeinen Zweifel daran, dass der „Historischen Mission der Arbeiterklasse“ gemessen an der Rettung z. B. der Gelbbauchunke – mit einem geflügelten Wort Mao Tse-Tungs formuliert – schlicht das Gewicht eines Schwänenflaums⁹ zukam. Geblieben ist von der Utopie des Kommunismus allenfalls die schlechte Gewohnheit, das Gemeinwohl gegen die empirische Meinung des vermeintlich unaufgeklärten Volkes zu definieren und heute zumeist im Sinne eines moderaten ökologischen bzw. gender-mainstreaming Vorschriftenstaates zu manifestieren. Im etablierten Juste Milieu der Republik hat sich diese Gruppe derartig wirksam verankert, dass sie auch wissenschaftlich forschende und bekennende Apostaten¹⁰ locker erträgt. Das ist nicht ganz ohne Risiko, denn dieses 1968 zahlenmäßig überschaubare Spektrum von eng miteinander verbundenen Personen schrammte mehr als einmal hart am Terrorismus vorbei: Für die „68er“ waren die „Rote Armee Fraktion“, die „Bewegung 2. Juni“ und die „Revolutionären Zellen“ eine ebenso reale Möglichkeit wie für die DKPler die Staatssicherheit der DDR.

Das Fluidum zwischen Terrorismus, Stalinismus / Maoismus und der Fähigkeit zur eigenständigen Weiterentwicklung bezeugt in negativer Hinsicht eine der wirkungsmächtigsten Gruppen der Neuen Linken, der 1991 nach mehrfacher Spaltung verschiedene „Kommunistische Bund“ (KB). Seine Leitungskader feierten 1977 frenetisch die Ermordung von Hanns-Martin Schleyer;¹¹ auch gab es

zarte, aber nicht entwicklungsfähige Kontakte zur Staatssicherheit. Frühere „KBler“ mit gewisser Prominenz sind beispielsweise die innenpolitische Sprecherin der „Linken“ im Bundestag Ulla Jelpke, der Chefredakteur des „Neuen Deutschland“ Jürgen Reents, allerdings auch der Fraktionsvorsitzende der Grünen Jürgen Trittin. Im Unterschied zu den Exponenten anderer maoistischer Gruppen aus den 1970er-Jahren sind die Rehabilitationserfolge in Sachen Demokratiefähigkeit unter früheren KB-Kadern eben alles andere als eindeutig ausgefallen. Das ist nicht bedeutungslos: Die Original-„68er“ gehen zwar nun endlich Zug um Zug in Rente. Aber ein Ende folkloristischer Verklärung ihrer Vergangenheit mit den berüchtigten „Opa erzählt vom Krieg“-Narrativen zeichnet sich nicht ab. Und die nicht lernfähigen Exemplare dieser Gattung haben noch einige Zeit politischer Wirksamkeit vor sich – den Geschmack höherer politischer Weihen auf der Zunge inbegriffen.

DER WESTDEUTSCHE SED-KADER ALS KLASSISCHER LOOSER

Als echte Looser hatten sich, so könnte man meinen, nach 1989 die Vertreter der ersten Gruppe erwiesen. Jene DKP-Mitglieder, meist schon gesetztere Jahrgänge, die sich als Betriebsräte und Friedensmarschierer die Hacken für die Einführung des realen Sozialismus in der Bundesrepublik abgelaufen hatten, standen vor dem Scheitern und der weitgehenden Diskreditierung ihrer menschenfeindlichen Utopie. Ein kleiner Teil blieb bei der Fahne DKP – fest entschlossen, nichts zu lernen. Das betraf vor allem die gesetzteren Jahrgänge, die heute auf die 80 zugehen und kein größeres politisches Potenzial mehr darstellen. Ein beträchtlicher Teil der jüngeren DKP-Mitglieder hat damals entweder seine politischen Aktivitäten eingestellt oder nach einem „Schnellwaschgang“ in demokratischen Parteien neue Karrieren gestartet. In der Regel fand dabei eine schon nach 1945 in Deutschland bewährte Taktik Anwendung: eisern schweigen und im Ernstfall auch beharrlich lügen, um sich ihrer Mitverantwortung für die „unschuldige Utopie“ des Kommunismus im Westen zu entziehen. Wieder andere DKP-Kommunisten wandten sich der PDS als Auffangbecken zu. Diese Reaktion war in mehrfacher Hinsicht plausibel: Die SED war als Auftraggeber und Financier der DKP einerseits politisch-ideologisch ein naher Verwandter gewesen. Sie hatte sich andererseits optisch und propagandistisch aus ihrer stalinistischen Verstrickung und aus

dem Image einer marxistisch-leninistischen Partei zu lösen verstanden. Damit hatte sie allerhand von dem abgestreift, was die „DKP-Erneuerer“ als Anhänger des Reformkommunismus Michael Gorbatschows ohnehin an ihrer Partei zu beanstanden gehabt hatten. Zudem gab es für ihr Know-how in der ostlastigen PDS reichlichen Bedarf.

DIE „FELLOW TRAVELERS“ DER DKP: „KOMMUNISMUS“ UNTER DEM LADENTISCH

Das Übertrittsverhalten früherer DKP-Kader in die PDS und auch danach noch in die „Linke“ findet eine Entsprechung in einem Vorgang, den man als Rückkehr einer spezifischen Klasse politischer Hehler auf die Bühne bezeichnen könnte. Es handelt sich dabei um die dritte Gruppe: Die Trittbrettfahrer bzw. – in der englischen Diktion – „Fellow traveler“ des realen Sozialismus. Der Fellow traveler war vor 1990 in den zahllosen Umfeldorganisationen der DKP angesiedelt, ferner in „unabhängigen“ Friedens- und sonstigen „Initiativen“, die aber ihre finanzielle Lebenskraft aus SED-Geldern schöpften. Ein Teil hatte sich im DGB verankern können – das gehörte zu den hinzunehmenden Kosten des Prinzips der Einheitsgewerkschaft. Charakteristisch für den Fellow traveler ist sein soziologisch gesehen eher bürgerlicher Zuschnitt, der ihn vor dem proletarischen Image der DKP, vor allem aber vor der Parteidisziplin und der Aufopferungsbereitschaft für die Sache, die man überzeugten Kommunisten als honorables Moment ihrer Biographien zugute halten muss, zurückschrecken ließ. Der Fellow traveler war deshalb nicht selten mit dem Parteibuch einer der linken demokratischen Formationen ausgestattet; manchmal hatte er zusätzlich ein zweites im Panzerschrank des DKP-Parteivorstandes. Diese Gruppe dealte orthodoxen Kommunismus gewissermaßen als Hehlerware unter dem Ladentisch. Offen damit zu handeln, fand sie stets ordinär und auch dem angestrebten bürgerlichen Lebensstil zuwiderlaufend.

Die Rückkehr dieser vorübergehend heimatlosen Gruppe in die Arme eines „westlichen“ Kommunismus wurde wesentlich einerseits durch die optische Zivilisierung der früheren SED, andererseits durch die schwindende Integrationskraft der Sozialdemokratie nach links begünstigt. Die freundliche Verpackung und zunehmende Hoffähigkeit der früheren DDR-Staatspartei machte die von den Fellow travelers gedealte Hehlerware „Kommunismus“ zu einem einigermaßen achtbaren Handelsgut. Die Erneuerung der SED entsprach marxistisch

formuliert gewissermaßen den „objektiven Interessen der Hehlerklasse“. Ein stilles Bekenntnis zum Kommunismus, nunmehr als „demokratischer Sozialismus“ in der Auslegung der PDS verbrämt, war künftig weder dem Renommee noch der Karriere abträglich. Eine Reihe von Wendemarken der Berliner Republik hatte diese Entwicklung gefördert. 1999 löste die Zustimmung der rot-grünen Koalition zur NATO-Intervention gegen den serbischen Kriegsverbrecher Slobodan Milosevic eine erste Auswanderungswelle aus den bisherigen Wirtsorganisationen der Fellow travelers aus. 2003 genügte für eine zweite Wanderungswelle, dass die damalige Bundesregierung den Amerikanern immerhin die Nutzung des deutschen Luftraumes für die Logistik ihrer Irak-Intervention gestattete. 2004-2007 lösten die Arbeitsmarktreflexionen und Ablösungsprozesse enttäuschter Sozialdemokraten und Gewerkschafter von der SPD bis hin zur Bildung der WASG eine dritte und vorläufig wohl letzte Wanderungswelle jener Fellow travelers aus, die bis dahin in demokratischen Formationen überwintert hatten.¹²

Die Gesichter dieses Phänomens sind vielschichtig. Um ein paar Beispiele zu nennen: Da ist Dieter Dehm, äußerst wohlhabender Immobilienbesitzer und Dichter einer SPD-Parteihymne aus den 1980er-Jahren. Der DKP-Bezirksvorsitzende von Hessen soll ihm geraten haben, trotz seiner Ansichten lieber nicht in die DKP, sondern zur SPD zu gehen, weil er dort nützlicher sei.¹³ Das fand auch die DDR-Staatssicherheit; sie verwendete Dehm als IM „Willy“ zur Bespitzelung der Frankfurter SPD.¹⁴ Erwischt, aber nicht mal ausgeschlossen, verpasste er seiner unangemessen toleranten Partei 1998 einen Tritt und trat zur PDS über, wo er als bekennender Anhänger der kubanischen Diktatur Karriere machte: Nacheinander war er stellvertretender Parteivorsitzender, MdB und Landesvorsitzender in Niedersachsen.

Oder Harald Weinberg: Als Student und SPD-Mitglied war er 1984-86 Bundesvorsitzender des orthodox-kommunistischen „Sozialistischen Hochschulbundes“ (SHB).¹⁵ Dem Verband mit bis zu 2.000 Mitgliedern hatte die SPD 1973 den Namensbestandteil „sozialdemokratisch“ aberkennen lassen, duldete aber gleichwohl über Jahrzehnte selbst seine Spitzenfunktionäre als Mitglieder der Partei. Der SHB unterschied sich ideologisch praktisch nicht vom DKP-Studentenverband MSB Spartakus¹⁶ – ein SHB-Funktionär äußerte schon 1970 anlässlich seines Übertritts zum MSB, der SHB stehe programmatisch der DKP näher als der SPD.¹⁷ Unter

Weinberg als Bundesvorsitzendem ließen SHB und MSB ihre jährlichen Bundeskongresse parallel zueinander stattfinden – nach Aussagen des damaligen SHB-Vorsitzenden, um „synchron ins Semester zu gehen“.¹⁸ Heute sitzt der 2004 aus der SPD ausgetretene Weinberg für den bayerischen Landesverband der „Linken“ im Bundestag.

IDENTITÄTSDISKURS IN DER „LINKEN“

Was ist von der keineswegs unschuldigen Utopie des Kommunismus aus dem Westen geblieben? Erstens ein paar isolierte ultrastalinistische bzw. maoistische Sekten wie die MLPD, zweitens der Rest der DKP-Altkommunisten und drittens eine Partei, die einen Identitätsdiskurs mit sich selbst führt und deren Vorsitzende in diesem Zusammenhang „Wege zum Kommunismus“ auszuloten versucht hat.

Unterstellen wir mal realistisch, dass Gesine Lötzsch nun doch nicht vorhat, den realen Sozialismus 1 : 1 wieder zurückzuholen. Dann hat sie – bei allem Zynismus ihrer Rede den Opfern gegenüber – nicht ausschließlich das gemeint, was ich als Kommunismus definiert hatte: nämlich die beispiellose Verbrechensgeschichte einer mehr als 70 Jahre währenden Diktaturform.

Vielleicht muss man ihre Ausführungen eher vor dem Hintergrund der Identitätsdebatte einer Partei sehen, die unterschiedliche ideengeschichtliche Wurzeln für sich beansprucht und ihr Ziel als angeblichen „demokratischen Sozialismus“ oder neuerdings als „Linkssozialismus“ beschreibt. Folgt man neueren Veröffentlichungen¹⁹ aus ihrem Think Tank, der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS), so zählen zu diesen Wurzeln eine sozialdemokratische Komponente, eine leninistisch-kommunistische Komponente und zusätzlich eine weitere, die mit dem paradoxen Begriff „demokratischer Kommunismus“ umschrieben wird. Er hat – auch nach Auffassung der „Linken“ – im realen Sozialismus nicht existieren können, weshalb er ideengeschichtlich aus dem Westen bezogen wird. Zu den beiden ersten Komponenten, den angeblichen sozialdemokratischen und den tatsächlichen leninistischen Wurzeln, hat die Partei eine recht eindeutige Meinung. Die Sozialdemokratie in ihrer modernen Version, also mindestens seit dem Godesberger Parteitag der SPD, wird als Verrat und Revisionismus abgelehnt – und zwar bisweilen ganz genau mit jenem Duktus vom „Verrat der rechten sozialdemokratischen Führer“, den man seit Jahrzehnten aus kommunistischen Verleumdungskampagnen bestens kennt.²⁰

Die leninistisch-kommunistische Variante wird mit allerhand angeblichen – vor allem sozialen – Errungenschaften in Verbindung gebracht, aber zugleich etlicher „Fehlentwicklungen“ geziehen. Wie ernst das gemeint ist, steht dahin und mag auch innerhalb der Partei auf unterschiedliche Ansichten treffen. Wenn die RLS dann allerdings einen Autor schreiben lässt, die SED habe zwar 1945 die Chance verspielt, den Weg zu einem demokratischen Sozialismus zu gehen, sei aber die erfolgreichste Partei Deutschlands mit einer ununterbrochenen 45-jährigen Regierungsverantwortung geworden,²¹ dann kommt man immerhin ins Grübeln.

Am interessantesten aber ist die dritte, nun wirklich aus dem Westen geborgte Komponente im Identitätsdiskurs der „Linken“: Es handelt es sich um eine ideologische Revitalisierung jener zahlreichen „Dritten Wege“ und „undogmatischen“ Sozialismen, die in der alten Bundesrepublik links von klaren sozialdemokratischen Positionen existierten, bald von der SPD geduldet, bald von ihr abgestoßen wurden.

Die „Linke“ widmet solchen Gedankenkonstrukten, die zwar die wirtschaftliche Autonomie des Bürgers in einer sozialistischen Wirtschaftsform beseitigen, zugleich aber angeblich politische Demokratie einschließlich Grund- und Bürgerrechte unangetastet lassen wollten, einige Aufmerksamkeit.

Dabei haben diese Konstrukte als Vorbilder zwei gravierende Vorteile: Erstens sind sie nie realisiert worden, hatten also auch nicht die Chance, Verbrechen zu begehen oder zu scheitern. Und zweitens sind ihre Protagonisten – wie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg – allesamt tot. Das ist ein Status, der nicht nur in der katholischen Kirche bekanntlich eine unverzichtbare formale Voraussetzung für eine ordentliche Heiligsprechung darstellt.

Im Reigen der neu-alten Ikonen der „unschuldigen Utopie“ finden wir Rosa Luxemburg²² und Paul Levi,²³ den Gewerkschaftsfunktionär Victor Agartz,²⁴ den Philosophen Leo Kofler²⁵ und vor allem – an herausgehobener Stelle – Wolfgang Abendroth.²⁶ Abendroth ist nicht nur der Vater einer einschlägigen Schule von Politikwissenschaftlern, Soziologen und Juristen, aus der die DKP jahrzehntelang einen Teil ihrer Wissenschaftskader rekrutierte. Er hatte während des Zweiten Weltkrieges an der Seite der griechischen Partisanen gekämpft, dann als Mitglied der SPD bei Aufbau des DDR-Justizsystems

eine schnelle und kurze Karriere gemacht. Er setzte sich in den Westen ab, als die titoistischen Säuberungen sich abzeichneten – nicht ohne allerdings zuvor seiner Ministerin seine Treue zum Sozialismus versichert zu haben.²⁷ Im Westen wird er 1951 Professor in Marburg und bewegt sich am linken Rand seiner Partei, bis er 1961 im Zusammenhang mit der Trennung der SPD vom Sozialistisch-Demokratischen Studentenbund (SDS) ausgeschlossen wird. Er rügt die neue DKP zwar 1968 wegen ihrer Rechtfertigung des CSSR-Einmarsches, meint aber, Kritik daran dürfe keinesfalls in Antikommunismus ausarten. Dazu passen sein seit den 1970er-Jahren häufig positiver Bezug auf Lenin und sein praktisches Handeln: Die DKP umgarnt Abendroth mit zahllosen Pöstchen, in kaum einer ihrer „wissenschaftlichen“ Vorfeldorganisation sitzt er nicht im Vorstand. Besonders gut gefällt der Partei seine Interpretation eines „antifaschistischen Auftrages“ des Grundgesetzes.²⁸ Demnach ist eine Wirtschaftsdemokratie mit sozialistischem Einschlag ebenso geboten – nicht nur möglich – wie ein Verbot ausschließlich des rechten Extremismus. Zu seinem 75. Geburtstag 1981 würdigt ihn die Partei als „Freund und Genossen, als einen Kampfgefährten“²⁹ – zu Recht, denn aus dem früheren Querdenker ist im Alter ein nützlicher und berechenbarer Bündnispartner geworden. Hätte der Mann nicht manche eigenständigen Gedanken gepflegt, er gehörte durchaus in die erwähnte politische Hehlerklasse, deren Geschäfte sich vorwiegend unter dem Ladentisch vollzogen.

Wie Abendroth haben auch ein paar andere dieser „Linkssozialisten“, welche die „Linke“ heute für ihren „demokratischen Sozialismus“ reklamiert, sich bevorzugt mit historisch gescheiterten Konzepten, mit Dritten Wegen ins Nirgendwo beschäftigt. Ihre damaligen Diskurse könnten heute – beim Beharren auf einem Mindeststandard an ethischer Verantwortung – gar nicht mehr ohne Berücksichtigung der Ergebnisse des realen Sozialismus geführt werden. Schon Abendroths Grundgesetzinterpretation blieb insofern bedeutungslos, als die Verfassungsentwicklung nicht nur durch politische Ausgestaltung und Rechtsprechung einen anderen Weg genommen hat. Auch die Bevölkerung hat im Wege der Zustimmung zur freiheitlichen, nicht zu einer sozialistischen Konzeption von Demokratie mit einem steten plebiscite de tous les jours (Ernest Renan) Dritte Wege auf gedankliche Wolkenkuckucksheime reduziert. Und die Frage bleibt auf der Tagesordnung, ob radikal soziallegalitäre Utopien,

berücksichtigt man die Vergangenheit heutiger Protagonisten der „Wege zum Kommunismus“, nicht doch wieder in die ausgetretenen Pfade der Diktatur führten.

|| DR. RUDOLF VAN HÜLLEN

Politikwissenschaftler, freiberuflicher Extremismusforscher und Dozent, Krefeld

ANMERKUNGEN

- 1 So Fleischhauer, Jan: Unter Linken. Wie ich aus Versehen konservativ wurde, Reinbek 2009, S. 75.
- 2 So die verharmlosende und sprachlich relativierende Formulierung für die kommunistischen Massenverbrechen im heutigen Sprachgebrauch kommunistischer und postkommunistischer Parteien.
- 3 Bei Courtois, Stéphane (Hrsg.): Das Handbuch des Kommunismus, München / Zürich 2010, hier S. 32.
- 4 Jene berüchtigte Rede „Wege zum Kommunismus“, welche die Vorsitzende der Linken, Gesine Lötzsch, ursprünglich vor einer Konferenz der neostalinistischen Tageszeitung Junge Welt halten wollte, findet sich abgedruckt in: Junge Welt, 3.1.2011. Ihr Auftritt bei der Konferenz war unterblieben, nachdem sich ein erheblicher Imageschaden für die Partei abgezeichnet hatte.
- 5 Sie verschwand 1990/91 – anders als die DKP – im Zusammenbruch des realsozialistischen Systems.
- 6 Dazu insgesamt Fritze, Lothar: Täter mit gutem Gewissen. Über menschliches Versagen im diktatorischen Sozialismus, Köln / Weimar 1998, hier S. 79 ff.
- 7 Zu dieser Zahl vgl. Koenen, Gerd: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine Kulturrevolution 1967-1977, Köln 2001, S. 18.
- 8 Für eine gegen die apologetische Veröffentlichungsflut des Jahres 2008 geschriebene Analyse: Vogel, Bernhard / Kutsch, Matthias (Hrsg.): 40 Jahre 1968. Alte und neue Mythen – eine Streitschrift, Freiburg i. B. 2008.
- 9 Zit. nach: Worte des Vorsitzenden Mao Tse-Tung, Peking 1972, S. 205.
- 10 Die prominentesten dürften Gerd Koenen und Wolfgang Kraushaar sein. Beide gehören zu der äußerst seltenen Spezies, die Legendenbildungen der eigenen politischen Generation auch kritisch reflektiert.
- 11 Was der Chronist der Organisation nicht erwähnt: Steffen, Michael: Geschichten vom Trüffelschwein, Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991, Berlin / Hamburg / Göttingen 2002.
- 12 Um Missverständnissen vorzubeugen: Die beiden westlichen Fusionspartner der PDS bestanden keineswegs durchgehend aus verdeckten und bis dahin gut getarnten Extremisten. Denjenigen ihrer Mitglieder, die sich bis 2007 aus Überzeugung in demokratischen Organisationen engagiert hatten, gebührt ein gewisser Respekt – sie sind durch den Beitritt zur „Linken“ gewiss nicht automatisch zu Feinden des Verfassungsstaates geworden.
- 13 Diese Episode wird berichtet von Gerd Koenen im Frankfurter Stadtmagazin PflasterStrand 1990.
- 14 Zuletzt: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (FAS), 10.1.2010.
- 15 Zum SHB vgl. Schroeder, Klaus / Stadt, Jochen: Kommunismus in Deutschland, in: Das Handbuch des Kommunismus: Geschichte – Ideen – Köpfe, hrsg. von Stéphane Courtois, München / Zürich 2010, S. 92-150 (S. 112 f.); Langguth, Gerd: Protestbewegung: Entwicklung, Niedergang, Renaissance – Die Neue Linke seit 1968, Köln 1983, S. 183-187 sowie zum Marxistischen Studentenbund (MSB) ebd., S. 162-181.
- 16 „MSB“ stand für „Marxistischer Studentenbund“, gegründet 1971, aufgelöst 1991.
- 17 Langguth: Protestbewegung, S. 185.
- 18 Grußwort des SHB-Bundesvorsitzenden Harald Weinberg an den 9. MSB-Bundeskongress (5./6.10.1985), Protokollband des MSB-Kongresses, S. 112.
- 19 Zu denken ist hierbei vor allem an Kinner, Klaus (Hrsg.): Die Linke – Erbe und Tradition, Bd. 2, Teil 1: Kommunistische und sozialdemokratische Wurzeln, Teil 2: Wurzeln des Linkssozialismus, Berlin 2010.
- 20 Niemann, Heinz: Kontinuitäten und Brüche sozialdemokratischer Programmgeschichte – Traditionslinien linker Parteiprogramme für den Sozialismus des 21. Jahrhunderts, in: Die Linke – Erbe und Tradition, hrsg. von Klaus Kinner, Teil 1, Berlin 2010, S. 105-128.
- 21 Bollinger, Stefan: Erbe und Tradition der SED für die Linke, in: Die Linke – Erbe und Tradition, hrsg. von Klaus Kinner, Teil 1, Berlin 2010, S. 230-282, zit. S. 247.
- 22 Mit einer ziemlich uninspirierten Würdigung durch die schon zu SED-Zeiten für Luxemburg zuständig gewesene Laschitzka, Annelies: Rosa-Luxemburg – mit Leidenschaft und Vision für eine bessere Welt, in: Die Linke – Erbe und Tradition, hrsg. von Klaus Kinner, Teil 2, Berlin 2010, S. 39-50.
- 23 Krätke, Michael R.: Paul Levi – eine Idealfigur des Linkssozialismus ?, in: Die Linke – Erbe und Tradition, hrsg. von Klaus Kinner, Teil 2, Berlin 2010, S. 51-68.
- 24 Jünke, Christoph: Vom linken Sozialdemokraten zum heimatlosen Linkssozialisten, in: Die Linke – Erbe und Tradition, hrsg. von Klaus Kinner, Teil 2, Berlin 2010, S. 201-222.
- 25 Jünke, Christoph: Theorie in praktischer Absicht: Leo Koflers Linkssozialismus, in: Die Linke – Erbe und Tradition, hrsg. von Klaus Kinner, Teil 2, Berlin 2010, S. 223-240.
- 26 Abendroths herausgehobene Vorbildfunktion kommt auch darin zum Ausdruck, dass ihm der Sammelband „Die Linke – Erbe und Tradition“ gleich drei Beiträge widmet.
- 27 Schöler, Uli: Erweiterung der politischen zur sozialen Demokratie. Wolfgang Abendroths programmatische Neuorientierung der frühen fünfziger Jahre, in: Die Linke – Erbe und Tradition, hrsg. von Klaus Kinner, Teil 2, Berlin 2010, S. 113-140, hier S. 122.
- 28 Unter diesem Titel lässt die DKP 1974 u. a. einen Vortrag von Abendroth durch ihre „antifaschistische“ Vorfeldorganisation „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA) in hoher Auflage drucken und signalisiert damit, dass der Marburger Professor gewissermaßen zum Prokurator der SED-kompatiblen Grundgesetz-Interpretation aufgestiegen ist.
- 29 In: DKP-Zentralorgan „Unsere Zeit“ (UZ), 2.5.1981.

DAS ERBE DER DDR – KANN DER KOMMUNISMUS NOCH ATTRAKTIV SEIN?

UWE MÜLLER || Die DDR ist vor gut zwanzig Jahren untergegangen. Doch ihre Ideologie lebt bis heute in extremistischen Netzwerken fort. Sie verherrlichen die SED-Diktatur, diffamieren die Demokratie und üben starken Einfluss auf die Linkspartei aus. Zuletzt hat sich das am Beispiel der Kommunismus-Thesen von Gesine Lötzsich gezeigt.¹

Anfang des Jahres 2011 ging ein Gespenst um in Deutschland, das Gespenst des Kommunismus. Linke-Chefin Gesine Lötzsich hatte in einem doppel-seitigen Zeitungsbeitrag gefordert, mehr als tausend „Wege zum Kommunismus“ auszuprobieren. Dabei empfahl sie, sich den Erfinder Thomas Edison zum Vorbild zu nehmen. Dessen Experimente, eine funktionstüchtige elektrische Glühbirne zu entwickeln, schlugen immer wieder fehl. Doch Edison wertete sein anfängliches Scheitern als Erfolg. Schließlich habe er 10.000 Wege gefunden, die zeigten, wie man eine Glühbirne nicht konstruieren dürfe. „Was für ein großartiges Selbstbewusstsein!“, lobt Lötzsich gleich zu Beginn ihres Textes und fährt fort: „Wie viele Wege haben die Linken gefunden, die nicht funktionierten? Waren es 100 oder 1.000? Es waren bestimmt nicht 10.000! Das ist genau das Problem! Wir sind zu oft mit dem Finger auf der Landkarte unterwegs. Die Wege zum Kommunismus können wir nur finden, wenn wir uns auf den Weg machen und sie ausprobieren, ob in der Opposition oder in der Regierung.“²

Die Vorsitzende der Linken erklärt den Kommunismus zum Ziel ihrer Partei: Diese Botschaft war eine echte Neuigkeit, die umgehend eine politische Kontroverse auslöste. Das hatte nicht zuletzt mit Lötzsichs Geschichtsvergessenheit und ihrer missglückten Analogie zu tun. Denn bei Edisons Experimenten landeten 10.000 fehlerhaft konstruierte Glühbirnen auf der Müllhalde. Hingegen verloren bei den „100 oder 1.000“ Versuchen, Wege zum Kommunismus zu finden, Millionen Menschen ihr Leben – oder fanden sich in Umerziehungslagern oder Zuchthauszellen wieder. Die Schicksale derje-

nigen, die Opfer der Vision von einer klassenlosen Gesellschaft wurden, erwähnt Lötzsich in ihrem Aufsatz mit keiner Silbe. Kein Wunder, dass ihr unbefangenes Bekenntnis zum Kommunismus die Gemüter erhitzte. Auf einmal war das K-Wort in aller Munde, es beschäftigte Bild und Zeit, Tagesschau und heute, Anne Will und Maybrit Illner sowie den Deutschen Bundestag in einer Aktuellen Stunde.³ Wer in diesen Tagen den Namen „Gesine Lötzsich“ zusammen mit der Phrase „Wege zum Kommunismus“ in die Suchmaschine Google eingibt, stößt auf rund 120.000 Einträge zum Thema.

Gesine Lötzsich reagierte auf die Kritik an ihrer Sympathiebekundung für den Kommunismus gereizt, beleidigt und empört. Das zeigte sich bereits, als „Spiegel Online“ ihren Artikel einen Tag nach der Veröffentlichung als Skandal für die Linkspartei bewertete.⁴ Lötzsich konterte mit einer Pressemitteilung: Der „wutschnaubende Verriss“ zeige ihr, „wie verunsichert das Establishment ist, wenn es um Alternativen zum kapitalistischen System geht“.⁵ Kurz darauf kanzelte Lötzsich die – teils sehr differenzierten – Vorhaltungen, die ihr andere Kommentatoren machten, als „hysterische Reaktion“ ab.⁶ Als die Debatte trotzdem weiterging, beteuerte Lötzsich, ihr Ziel sei der demokratische Sozialismus, den Kommunismus habe sie überhaupt „nicht ins Spiel gebracht“.⁷ Bald darauf hörte sich das wieder anders an: „Ich finde es falsch, den Mantel des Schweigens über die Idee des Kommunismus zu legen.“⁸ In internen Veranstaltungen wiederum rechtfertigte Lötzsich den Vorstoß in Sachen Kommunismus mit taktischen Motiven. Parteifreunde zitierten die Vorsitzende Ende Januar 2011 wie folgt:

„Es war so etwas wie Windstille, wir waren medial abgeschrieben. Um wieder Fahrt aufzunehmen, habe ich eine Provokation gewagt, eine extreme und riskante Zuspitzung, die auch aufgenommen wurde.“⁹

Die Zuspitzung war Löttsch in der Tat gelungen, und provoziert fühlte sich selbst manches prominente Mitglied der Linken. „Wir können mit dem Begriff Kommunismus unsere Ziele nicht erklären“, erklärte Bundestagsfraktionschef Gregor Gysi, dem die Wortmeldung der Parteichefin „etwas verunglückt“ vorkam.¹⁰ Vertreter anderer Parteien zweifelten an der demokratischen Grundorientierung der Linken und verlangten eine Entschuldigung von Löttsch. Wer ihren Text allerdings genau liest, wird kein politisches Manifest entdecken können. Vielmehr stößt er auf ein merkwürdiges Sammelsurium. Einerseits schwärmt Löttsch für die kommunistische Idee, andererseits betont sie, dem demokratischen Sozialismus gehöre die Zukunft. Wie sich das eine mit dem anderen vereinbaren lässt, bleibt in ihrem Text offen. Einerseits macht sie sich radikale Positionen von Rosa Luxemburg zu eigen, die eine „fortschreitende Machteroberung“ im bürgerlichen Staat durch die kommunistische Partei proklamiert hatte; andererseits wartet Löttsch mit biederen realpolitischen Forderungen auf – wie dem Vorschlag, mehr Gütertransporte von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Löttsch zeigte sich überfordert, als sie erklären sollte, wie das alles zueinander passt.

Ohnehin ist der Eklat zu Jahresbeginn von jemandem eingefädelt worden, der über weit mehr ideologische Stringenz und propagandistisches Geschick verfügt als Gesine Löttsch. Angezettelt hat die Kommunismusdebatte die Tageszeitung Junge Welt – und damit bin ich schon mitten in meinem Thema, dem Erbe der DDR. Die Junge Welt, wenngleich schon 1947 in der Sowjetischen Besatzzone geboren, ist ein Kind der DDR. Das Zentralorgan der Staatsjugend FDJ hatte 1989 mit 1,5 Millionen Exemplaren eine höhere Auflage als das SED-Blatt Neues Deutschland und war die meistgelesene Zeitung in der DDR. Nach der Wiedervereinigung erodierte die Leserschaft unter wechselnden Eigentümern, was 1995 zum Konkurs führte. Danach wurde eine Genossenschaft gegründet. Dieser LPG Junge Welt gehört heute der Verlag, in dem die Zeitung erscheint, gut zur Hälfte.¹¹ Auch unter der neuen Konstellation ist die wirtschaftliche Lage prekär geblieben.¹² Verlagskaufleute wundern sich ohnehin, wie man mit angeblich 17.000 verkauften Exemplaren¹³ überhaupt eine überregionale Tages-

zeitung am Leben halten kann. Mancher mutmaßt, das Projekt werde mit altem Vermögen von SED oder DKP, das 1989/90 in dunklen Kanälen verschwunden war, am Leben gehalten. Einen Beleg für solche Spekulationen gibt es freilich nicht.

Ungeachtet ökonomischer Nöte hat die Junge Welt ihre Kampagnenfähigkeit nicht eingebüßt. Der Verfassungsschutz charakterisiert das Blatt als ein „bedeutendes Printmedium in der linksextremistischen Szene“. So veranstaltet die Redaktion, die sich als „antikapitalistisch, marxistisch, antimilitaristisch, antifaschistisch“ versteht, alljährlich am zweiten Sonnabend im Januar eine große Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz in Berlin. In diesem Rahmen sollte am 8. Januar 2011 auch die Podiumsdiskussion „Wo bitte geht’s zum Kommunismus – Linker Reformismus oder revolutionäre Strategie – Wege aus dem Kapitalismus“ mit Gesine Löttsch stattfinden. Dabei hatte die Junge Welt die aus ihrer Sicht geniale Idee, die Linke-Chefin gemeinsam mit der DKP-Vorsitzenden Bettina Jürgensen und der verurteilten RAF-Terroristin Inge Viett auf ein Podium zu setzen.¹⁴ Erstere strebt die revolutionäre Überwindung der Gesellschaft an, Letztere rechtfertigt nach wie vor den bewaffneten Kampf und hält das „Abfackeln“ von Ausrüstung der Bundeswehr für eine „legitime Aktion“, weshalb die Berliner Staatsanwaltschaft jüngst Anklage wegen Billigung von Straftaten erhoben hat.¹⁵ Wir wissen nicht, was genau Löttsch dazu bewogen hat, in einer solchen Runde mitzuwirken und der Zeitung im Vorfeld der Veranstaltung ihren Beitrag zum Abdruck zu überlassen.¹⁶ Sicher können wir hingegen sein, dass die Redaktion der Jungen Welt ganz genau wusste, was sie tat. Sie treibt die Linke gern vor sich her und ist bemüht, radikale Kräfte in der Partei publizistisch zu unterstützen.

In diesem Sinn hat die Junge Welt auch die von ihr angestoßene Kommunismusdebatte inszeniert. Als Löttsch nach der massiven Kritik an ihren Thesen zumindest rhetorisch ein wenig auf Abstand zur Idee des Kommunismus ging, höhnte die Zeitung sogleich, die Parteichefin habe lediglich „eine in der Linkspartei verankerte linkssozialdemokratische Position vertreten“.¹⁷ Zugleich druckte die Redaktion eine Reihe von Beiträgen, in denen die Partei aufgefordert wurde, am Ziel des Kommunismus festzuhalten. Auszüge aus drei Artikeln belegen das exemplarisch. Das erste Zitat stammt von dem West-Berliner Andreas Wehr, der in der SPD bekennender Marxist und Leiter des Büros des Regierenden Bürgermeisters Walter Momper war, bevor er

seine Partei 1998 in Richtung PDS verließ. Wehr kommentierte die Kommunismus-Debatte in der Jungen Welt so:

„Dem Kampf um den Begriff Kommunismus kann die Partei Die Linke nicht ausweichen. Tut sie es dennoch, trennt sie sich von ihrer eigenen Geschichte, denn diese ist die Geschichte des Sozialismus, und ihr Gründungsdokument ist das ‚Manifest der Kommunistischen Partei‘ von Karl Marx und Friedrich Engels. Verzichtet sie auf die Verteidigung des Begriffs, isoliert sie sich ... gegenüber vielen, die als Mitglieder der Partei Die Linke oder außerhalb stehend sich als Kommunisten sehen. ...

Es geht vor allem um die Zukunft der Partei Die Linke. Eine Zukunft hat diese nur, wenn sie ihre Vergangenheit nicht aufgibt. Das würde sie aber tun, wenn sie ihre eigene Geschichte, und die ist vor allem eine des realen Sozialismus, als illegitim, gescheitert oder Irrweg abtut. Wer dabei glaubt, dass diese Fragen nur den Teil der Partei betreffen, der aus der SED kommt, der irrt. Diese Fragen gehen auch die aus dem Westen dazugekommenen Gewerkschafter und ehemaligen Sozialdemokraten etwas an. ...“¹⁸

Der Länderrat der Antikapitalistischen Linken (AKL) kam ebenfalls in der Jungen Welt zu Wort. Die radikale Parteiströmung, deren bekannteste Vertreterin die Bundestagsabgeordnete und Junge-Welt-Autorin Ulla Jelpke¹⁹ ist, erklärte:

„Wir lassen uns dieses Nachdenken und Diskutieren über Wege aus dem Kapitalismus nicht verbieten – weder durch Überwachungs- und Verbotsdrohungen wild gewordener CSU-Rabauken aus Wildbad Kreuth, noch durch die monopolistischen Meinungsmacher von Spiegel, Springer und Co. ... Wenn Gesine Löttsch ‚Wege zum Kommunismus‘ sucht, stehen wir an ihrer Seite. ... Und wir sind nicht bereit, aufgrund von im Namen des Kommunismus begangenen Irrwegen, Fehlern und auch Verbrechen auf den Begriff des Kommunismus zu verzichten. ...“²⁰

Das dritte Zitat schließlich stammt von Arnold Schölzel. Der Bremer desertierte 1967 aus der Bundeswehr und setzte sich in die DDR ab, wo er an der Ost-Berliner Humboldt-Universität marxistisch-leninistische Philosophie studierte und als besonders skrupelloser Spitzel der SED-Geheimpolizei Kommilitonen bespitzelte. Schölzel ist seit 2000 Chefredakteur der Jungen Welt, in der er im Januar dieses Jahres schrieb:

„Die Vokabel ‚Kommunismus‘ ... hat in den letzten Tagen einen medialen und politischen Krawall

ausgelöst. Erstaunlich ist das nicht, Antikommunismus ist Staatsreligion der Bundesrepublik. Sie bestimmte die geistige Verfassung einer postfaschistischen Gesellschaft, in der der Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus tabu ist. ...

Das Debattenniveau wird dadurch bezeichnet, dass ‚der‘ Kommunismus in einem Atemzug für mausetot erklärt und von den Schreibtischhelden der Lumpenbourgeoisie zum millionsten Mal siegreich niedergekämpft wird. Irgendetwas klappt nicht mit dem Kommunismus-Totsagen, dem die Prätorianergarde des deutschen Kapitals seinerzeit zuerst das Totschlagen von Kommunisten und Sozialdemokraten folgen ließ, bevor sie sich an die Verheerung Europas machte.“²¹

Die posthume Glorifizierung des SED-Regimes, die Gleichgültigkeit gegenüber Opfern kommunistischer Diktaturen und die aggressive Verächtlichmachung der Demokratie: Diese Schlagworte, unter denen sich die drei Zitate subsumieren lassen, verdeutlichen die politische Haltung der Jungen Welt. Sie lässt sich als antidemokratisches Netzwerk verstehen, in dem – um ein berühmtes Wort von Willy Brandt aufzugreifen – längst zusammengewachsen ist, was zusammengehört. Zum Personal der Zeitung zählen unter anderem DDR-Bürger, die als Stasi-Spitzel gewirkt haben (wie der bereits erwähnte Chefredakteur Arnold Schölzel alias IM „André Holzer“ oder der Kolumnist Mathias Wedel alias IM „Milan“), frühere West-Agenten der DDR-Auslandsspionageabteilung HVA (wie der Vize-Chefredakteur Peter Wolter alias „Pirol“ oder der Autor Rainer Rupp alias „Topas“), hauptamtliche Stasi-Offiziere (wie Eckehard Schlauß, Aufsichtsrat der LPG Junge Welt) sowie langjährige DKP-Kader (wie der Verlagsgeschäftsführer Dietmar Koschmieder oder die Innenressortchefin Wera Richter). Mit dem Kärntner Werner Pirker ist sogar der frühere Moskau-Korrespondent des ehemaligen Zentralorgans der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) zum Kreis der Autoren gestoßen.²²

Neben der Jungen Welt gibt es in Ostdeutschland weitere Netzwerke, die ihren Ursprung ebenfalls in der Republik von Ulbricht und Honecker haben und heute unter den veränderten Bedingungen im wiedervereinigten Deutschland agieren. Auch sie sind darauf spezialisiert, die Diktatur zu verherrlichen und die Demokratie zu diffamieren. Zumindest werden die Unterschiede zwischen Diktatur und Demokratie verwischt. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang insbesondere das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden (OKV), eine

Dachorganisation von Initiativen und Vereinen, die für etwa 40.000 Mitglieder spricht. Das Kuratorium mobilisiert die alte SED-Funktionseleite, pensionierte Wissenschaftler, ehemalige MfS- und Armeeangehörige, arbeitslos gewordene Staatskünstler – Menschen, die sich der verblichenen DDR stärker verbunden fühlen als der Bundesrepublik. Dieser Personkreis, der den kommunistischen Idealen gegenüber positiv eingestellt ist, beklagt den „Anschluss der DDR“ sowie „eklatante Verstöße gegen die Menschenrechte in der BRD“.²³

Der Berliner Verfassungsschutz hat die Strukturen der im OKV organisierten Initiativen und Verbände ausführlich analysiert.²⁴ Zu dieser Dachorganisation zählt auch die politisch besonders aktive Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH).²⁵ Sie hat jüngst eine „Erklärung“ veröffentlicht, auch als Anzeige in der Jungen Welt. Es ist eine Wortmeldung wie aus der Gruft:

„Mit einer neuen Runde setzt die Bundesrepublik auch zwanzig Jahre nach der staatlichen Spaltung weiter auf Spaltung und Unfrieden in Deutschland. Neben der Fortführung gravierender sozialer Benachteiligungen Ostdeutscher muss erneut die ahistorische und rechtswidrige These vom ‚Unrechtsstaat‘ erhalten, um die sozialistische DDR zu diffamieren... Diese nunmehr über Jahrzehnte mit hohem finanziellen betriebene und erneut eskalierte Politik der Diskriminierung und würdelosen Behandlung von Menschen ist völkerrechtswidrig ... Die GRH verurteilt diese menschenrechtswidrige Praxis auf das Schärfste Sie erklärt sich solidarisch mit den Opfern der daraus resultierenden Menschenrechtsverletzungen. ...“²⁶

Die im OKV organisierten Initiativen und Verbände können als Vorfeldorganisationen der Linkspartei angesehen werden. Die meisten der hier engagierten Personen sind ehemalige SED-Genossen, der Anteil der Linkspartei-Wähler dürfte knapp unter 100 Prozent liegen. Hohe Parteifunktionäre machen diesen antidemokratisch gesinnten Gruppierungen deshalb immer wieder die Aufwartung, etwa bei der traditionellen „Alternativen Einheitsfeier“ des OKV, die zuletzt am 3. Oktober 2010 in Berlin-Friedrichshain unter dem Motto „Zwanzig Jahre ausgeplündert, ausgegrenzt, ausgespät: Es reicht!“ stattfand. Auch so genannte „Repräsentanten der DDR“ traten auf und legten „zum 20. Jahr der größer gewordenen Bundesrepublik“ ein Bekenntnis ab: „Denunziation und Dämonisierung der DDR sind keine Aufarbeitung ihrer Geschichte. ... Die DDR taugt nicht als Aschenputtel deutscher

Geschichte. Ihre Werte sind lebendiger als ihr Zerrbild vorgibt.“²⁷

Selbstverständlich ist die überwiegende Mehrzahl der Ostdeutschen nicht in solchen alten DDR-Netzwerken organisiert. Und für die allermeisten Ostdeutschen ist der Kommunismus heute kein attraktives Modell mehr. Das Problem liegt anderswo. Sie alle kennen die Befunde: Nur eine Minderheit der Ostdeutschen ist mit der Demokratie zufrieden.²⁸ Noch geringer ist in den neuen Ländern die Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft.²⁹ Mit der mehrheitlichen Ablehnung des bundesdeutschen Gesellschaftsmodells geht in Ostdeutschland nicht selten eine Verklärung der Vergangenheit einher. Jungen Menschen fehlt dabei einfach oft nur das Wissen über den Alltag in der sozialistischen Diktatur – von der fortdauernden Mangelwirtschaft, über karge Renten bis hin zur Drangsalierung am Arbeitsplatz. Ältere Menschen wiederum verharmlosen im Rückblick die Diktatur, weil sie sich ihre Einbindung in das SED-Herrschaftssystem nicht eingestehen können. Unwissen und Verdrängung führen oft zum gleichen Ergebnis. Prof. Klaus Schroeder, der Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat an der FU Berlin, bringt es auf folgenden Nenner: „Soviel Anerkennung wie derzeit genoss die DDR Zeit ihres Lebens nicht.“

Im Jahr 1965, also 20 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, wurde die Demokratie in der Bundesrepublik von einer breiten Mehrheit getragen. Für Ostdeutschland fällt der Befund gut 20 Jahre nach dem Fall der Mauer weniger positiv aus. Daran trägt auch der Westen ein gerüttelt Maß Mitschuld. Er hat früh seinen faulen Frieden mit der SED-Diktatur geschlossen, übrigens bis weit in Unionskreise hinein. Denken Sie nur an den damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, der schon im Sommer 1990 für eine Strafamnestie für Stasi-Spione warb. Oder an Helmut Kohl, der zur gleichen Zeit die Akten der SED-Geheimpolizei am liebsten beseitigen oder wegschließen lassen wollte. In seinen „Erinnerungen. 1990–1994“ räumte er 2007 ein: „Ich fürchtete, der ganze Unrat, der da hochkommen würde, könnte das Klima in Deutschland vergiften.“ Auch die strafrechtliche Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit stieß bei ihm auf größte Bedenken, und sie ist mindestens ebenso dramatisch gescheitert wie die Aufarbeitung der NS-Verbrechen.³⁰ Soeben 46 Täter des SED-Regimes wurden nach 1990 von Gerichten zu einer Haftstrafe verurteilt.³¹ Angesichts des in 40 Diktaturjahren geschehenen Unrechts ist das schwer nachvollziehbar und

ein Schlag in das Gesicht der Opfer. In der DDR wurden allein 200.000 DDR-Bürger aus politischen Gründen ins Gefängnis gesteckt, von denen vermutlich 2.500 eines unnatürlichen Todes starben. An der innerdeutschen Grenze verloren etwa 1.000 Menschen ihr Leben. Diese Verbrechen sind größtenteils ungesühnt geblieben. Wer aber Täter verschont, verharmlost zugleich ihre Taten. Umgekehrt hat sich das vereinte Deutschland sehr schwer getan, den Opfern des SED-Regimes gerecht zu werden. Jene, die in der Diktatur oft mutig Widerstand geleistet und deshalb unter der kommunistischen Gewaltherrschaft zu leiden hatten, wurde vielfach die Anerkennung verweigert. Erst im Jahr 2007, fast zwei Jahrzehnte nach dem Untergang der DDR, hat der Bundestag für sozial bedürftige Opfer eine kleine Rente beschlossen. Gleichzeitig konnten erstaunlich viele alte SED- und Stasi-Kader ihre Karriere in Politik und Justiz, in Wirtschaft und Verwaltung unbeeinträchtigt fortsetzen. Keine Spur von einem glaubwürdigen Neuanfang, von einem wirklichen Austausch der Eliten.

Diese Defizite in der Aufarbeitung der Diktatur fallen uns heute auf die Füße. Die spätere Verfassungsrichterin und Präsidentin des Goethe-Instituts Jutta Limbach hatte Anfang der 90er-Jahre noch als Berliner Justizsenatorin gefordert, der SED-Diktatur müsse der „Stempel des Unwerten“ aufgedrückt werden. Das ist nur unzureichend gelungen, und in diesen Versäumnissen liegt möglicherweise ein Grund, dass in Deutschland im Jahr 2011 eine gespenstisch anmutende Debatte über „Wege zum Kommunismus“ solche Aufmerksamkeit erregt hat.

|| UWE MÜLLER

Redakteur Wirtschaft / Politik, Die Welt, Berlin

ANMERKUNGEN

- 1 Dieser Beitrag basiert auf einem am 11.5.2011 in München gehaltenen Vortrag, der ergänzt und aktualisiert wurde. Er gibt den Sachstand von Ende Juni 2011 wieder.
- 2 Lötzs, Gesine: Wege zum Kommunismus, in: Junge Welt, 3.1.2011, www.rosa-luxemburg-konferenz.de/article/272.wege_zum_kommunismus.html
- 3 Lötzs, Gesine: fehlte bei der Bundestagsdebatte am 21.1.2011. Sie zog es vor, zum Neujahrsempfang der hessischen Linken nach Wiesbaden zu reisen, www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2011/33159735_kw03_de_kommunismus/index.html
- 4 Berg, Stefan: Linke-Chefin erklärt Kommunismus zum Ziel der Partei, in: Spiegel Online, 4.1.2011, www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,737780,00.html
- 5 Lötzs, Gesine: Die Herren vom Spiegel verlieren völlig die Fassung!, Presseerklärung der Linken vom 5.1.2011, www.die-linke.de/nc/presse/presseerklarungen/detail/artikel/die-herren-vom-spiegel-verlieren-voellig-die-fassung
- 6 Lötzs, Gesine: „hysterische“ Reaktion, in: Welt, 8.1.2011.
- 7 Lötzs, Gesine: Kapitalismus löst keine Probleme, Interview mit der Welt am Sonntag, 9.1.2011, www.welt.de/print/wams/politik/article12055584/Kapitalismus-loest-keine-Probleme.html
- 8 Gesine Lötzs erspart sich eine Debatte, in: FR Online, 9.1.2011, www.fr-online.de/politik/gesine-loetzsch-erspart-sich-eine-debatte/-/1472596/5116912/-/index.html
- 9 Vgl. Erfolgreiche Linke, Beitrag im Blog „Lafontaines Linke“, 21.1.2011, www.lafontaines-linke.de/2011/01/erfolgreiche-zuspitzung-loetzsch-kommunismus-bundestag-aktuelle-stunde/
- 10 Gysi, Gregor: Wir sind keine kommunistische Partei, Interview mit dem Tagesspiegel, 7.1.2011, <http://www.tagesspiegel.de/politik/wir-sind-keine-kommunistische-partei/3692692.html>
- 11 Die Junge Welt erscheint im Verlag 8. Mai GmbH. Die Gesellschaft gehört zu 52 % der Linke Presse-, Förderungs- und Beteiligungsgenossenschaft Junge Welt e.G. (LPG Junge Welt), die von rund 1.100 Genossen getragen wird. Die restlichen 48 % an der GmbH hält Verlagsgeschäftsführer Dietmar Koschmieder.
- 12 Im Geschäftsjahr 2009 (neuere Zahlen liegen nicht vor) musste der Verlag einen Jahresfehlbetrag von 116.626 Euro ausweisen. Bei einer Bilanzsumme von 1.444.654 Euro stieg damit der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag gegenüber 2008 um 15 % auf 873.424 Euro. Deshalb wurden die notwendigen Schritte für eine Überschuldungsprüfung (Liquidationsbilanz, Entwicklungsprognose) vorgenommen. Das Ergebnis war nach Mitteilung des Verlags positiv und wurde durch die Gesellschafterversammlung bestätigt. Ende 2009 verfügte der Verlag jedenfalls kaum noch über Liquidität. Unter dem Bilanzposten Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks ist ein Betrag von soeben 12.738 Euro (Vorjahr: 60.562 Euro) ausgewiesen. Nach dem Autor vorliegenden Informationen hat der Verlag im Geschäftsjahr 2010 erneut rote Zahlen geschrieben.
- 13 Diese vom Verlag genannte Zahl ist nicht objektiv überprüfbar, weil die Junge Welt im Gegensatz zu fast allen anderen deutschen Tageszeitungen ihre Auflage nicht an die Prüfungsgemeinschaft IVW meldet; Branchenkenner beziffern die verkaufte Auflage auf lediglich 10.000 bis 12.000 Exemplare.
- 14 Neben Lötzs, Viett und Jürgensen war die Betriebsratsvorsitzende Katrin Dornheim (DB Station & Service AG) und die Berliner Antifa-Aktivistin Claudia Spatz geladen worden. Weil diese Zusammensetzung auch in den eigenen Reihen für Unruhe sorgte, verzichtete die Linke-Chefin auf eine Teilnahme an der Podiumsdiskussion. Allerdings besuchte sie die Konferenz und beantwortete dort sechs Fragen, die sie sich selbst gestellt hatte. Journalisten durften hingegen keine Fragen stellen, eine Diskussion fand nicht statt.

- 15 Staatsanwalt klagt RAF-Terroristin Viêt an, in: Die Welt, 6.6.2010, http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article/13414208/Staatsanwaltschaft-klagt-RAF-Terroristin-Viêt-an.html
- 16 Den Entwurf für Lötzschs Junge-Welt-Beitrag hatte Michael Brie von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geliefert. Darin soll noch nicht vom Kommunismus die Rede gewesen sein, dafür aber vom „Terror der Bolschewiki“ – was in der Endversion fehlte. Lötzsch ließ die Frage unbeantwortet, ob sie selbst die Endredaktion übernommen hatte: „Ich habe mir natürlich zuarbeiten lassen, ich äußere mich aber nicht zu Bearbeitungsschritten.“, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,738750,00.html>
- 17 Koschschmieder, Dietmar: Dank der Delle, in: Junge Welt, 26.2.2011.
- 18 Wehr, Andreas: Die Sache mit dem Kommunismus, in: Junge Welt, 15.1.2011.
- 19 Jelpke schreibt regelmäßig für die Junge Welt, deren Innenpolitik-Ressort sie von 2003 bis 2005 leitete. Sie verteidigt die kurdische PKK und geißelt „CIA-Folter mit braunen Wurzeln“, nimmt das Regime in Kuba in Schutz und verehrt den venezolanischen Präsidenten Hugo Chavez. In einer Bundestagsdebatte um neue Befugnisse für das Bundeskriminalamt rückte sie die Behörde 2008 in die Nähe der Gestapo: „Was da geschaffen wird, ist eine geheim ermittelnde Staatspolizei.“ 2010 sorgte Jelpke mit einem Grußwort an die Agenten des Stasi-Auslandsnachrichtendienstes für Aufsehen. Die Politikerin ist innenpolitische Sprecherin ihrer Fraktion.
- 20 Länderrat der Antikapitalistischen Linken: Zur Kommunismusdebatte, in: Junge Welt, 14.1.2011.
- 21 Schölzel, Arnold: Fehlermeldung. Der neuste Antikommunismus, in: Junge Welt, 8.1.2011.
- 22 Pirker war von 1975 bis 1991 für das KPÖ-Zentralorgan Volksstimme tätig, für die er bis 1986 auch als Korrespondent in Moskau arbeitete. Seine Kommentare zum Nahostkonflikt sind durch eine aggressive Kritik am israelischen Staat geprägt, dem Pirker „exzessive Auslegung seines Existenzrechtes“ vorwirft. Zugleich macht er sich für eine „Ein-Staaten-Lösung“ für die Bürger in Israel und Palästina stark – mithin für die Abschaffung des Staates Israel. Den israelischen Präsidenten Schimon Peres attackierte Pirker, weil dieser seine Rede zum Gedenken an die Shoa im Deutschen Bundestag am 27.1.2010 „für eine kriegshetzerische Rede gegen den Iran“ genutzt habe. Als die Bundestagsfraktion der Linkspartei im Juni 2011 einen Antisemitismusbeschluss fasste, geißelte Pirker das als „Denkverbot“ und „Stigmatisierung Andersdenkender“.
- 23 Vgl. Müller, Uwe / Hartmann, Grit: Vorwärts und Vergessen! Kader, Spitzel und Komplizen: Das gefährliche Erbe der SED-Diktatur, Berlin 2009, S. 163 f.
- 24 Siehe www.berlin.de/imperia/md/content/seninn/verfassungsschutz/bericht_strukturen_ex_mfs.pdf
- 25 Im OKV organisiert sind unter anderem auch die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM), die Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR (ISOR) und das MfS-Insider-Komitee, ein Traditionsverband von ehemaligen Stasi-Kadern.
- 26 Anzeige der GRH, in: Junge Welt, 28.5.2011, [ww.grh-ev.org](http://www.grh-ev.org) (Erklärung gegen Diskriminierung).
- 27 Repräsentanten der DDR: Wortmeldung zum 20. Jahr der größer gewordenen Bundesrepublik, www.grenztruppen-der-ddr.de/podium2/viewtopic.php?f=125&t=2939
- 28 Seit 1990 stellt das Institut für Demoskopie Allensbach in Ost und West folgende Frage: „Glauben Sie, die Demokratie, die wir in der Bundesrepublik haben, ist die beste Staatsform, oder gibt es eine andere Staatsform, die besser ist?“ Nur 36 % der Ostdeutschen kreuzten 2009 die Antwort „Demokratie ist beste Staatsform“ an – bei den Westdeutschen lag die Zustimmung bei 68 %.
- 29 Sie lag 2009 im Osten bei 27 %, im Westen bei 43 % („Habe eine gute Meinung“). Hier lautete die Frage von Allensbach: „Eine Frage zum Wirtschaftssystem in Deutschland: Haben Sie vom Wirtschaftssystem in Deutschland eine gute oder keine gute Meinung?“ Bemerkenswert ist, dass in Ostdeutschland die Zustimmung zum Wirtschaftssystem nur in den Jahren 1990 und 1991 bei über 50 % lag.
- 30 Vgl. Müller / Hartmann: Vorwärts und Vergessen!, S. 51 f.
- 31 Ebd., S. 59-89.

Verantwortlich:

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser

Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

Herausgeber:

Dr. Peter Witterauf

Hauptgeschäftsführer der Hanns-Seidel-Stiftung, München

Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen

Die „Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen“ werden ab Nr. 14 parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: www.hss.de/mediathek/publikationen.html. Ausgaben, die noch nicht vergriffen sind, können dort oder telefonisch unter 089/1258-263 kostenfrei bestellt werden.

- Nr. 1 Berufsvorbereitende Programme für Studierende an deutschen Universitäten
- Nr. 2 Zukunft sichern: Teilhabegesellschaft durch Vermögensbildung
- Nr. 3 Start in die Zukunft – Das Future-Board
- Nr. 4 Die Bundeswehr – Grundlagen, Rollen, Aufgaben
- Nr. 5 „Stille Allianz“? Die deutsch-britischen Beziehungen im neuen Europa
- Nr. 6 Neue Herausforderungen für die Sicherheit Europas
- Nr. 7 Aspekte der Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union
- Nr. 8 Möglichkeiten und Wege der Zusammenarbeit der Museen in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 9 Sicherheit in Zentral- und Südasiens – Determinanten eines Krisenherdes
- Nr. 10 Die gestaltende Rolle der Frau im 21. Jahrhundert
- Nr. 11 Griechenland: Politik und Perspektiven
- Nr. 12 Russland und der Westen
- Nr. 13 Die neue Familie: Familienleitbilder – Familienrealitäten
- Nr. 14 Kommunistische und postkommunistische Parteien in Osteuropa – Ausgewählte Fallstudien
- Nr. 15 Doppelqualifikation: Berufsausbildung und Studienberechtigung – Leistungsfähige in der beruflichen Erstausbildung
- Nr. 16 Qualitätssteigerung im Bildungswesen: Innere Schulreform – Auftrag für Schulleitungen und Kollegien
- Nr. 17 Die Beziehungen der Volksrepublik China zu Westeuropa – Bilanz und Ausblick am Beginn des 21. Jahrhunderts
- Nr. 18 Auf der ewigen Suche nach dem Frieden – Neue und alte Bedingungen für die Friedenssicherung
- Nr. 19 Die islamischen Staaten und ihr Verhältnis zur westlichen Welt – Ausgewählte Aspekte
- Nr. 20 Die PDS: Zustand und Entwicklungsperspektiven
- Nr. 21 Deutschland und Frankreich: Gemeinsame Zukunftsfragen
- Nr. 22 Bessere Justiz durch dreigliedrigen Justizaufbau?
- Nr. 23 Konservative Parteien in der Opposition – Ausgewählte Fallbeispiele
- Nr. 24 Gesellschaftliche Herausforderungen aus westlicher und östlicher Perspektive – Ein deutsch-koreanischer Dialog
- Nr. 25 Chinas Rolle in der Weltpolitik
- Nr. 26 Lernmodelle der Zukunft am Beispiel der Medizin
- Nr. 27 Grundrechte – Grundpflichten: eine untrennbare Verbindung

- Nr. 28 Gegen Völkermord und Vertreibung – Die Überwindung des zwanzigsten Jahrhunderts
- Nr. 29 Spanien und Europa
- Nr. 30 Elternverantwortung und Generationenethik in einer freiheitlichen Gesellschaft
- Nr. 31 Die Clinton-Präsidentschaft – ein Rückblick
- Nr. 32 Alte und neue Deutsche? Staatsangehörigkeits- und Integrationspolitik auf dem Prüfstand
- Nr. 33 Perspektiven zur Regelung des Internetversandhandels von Arzneimitteln
- Nr. 34 Die Zukunft der NATO
- Nr. 35 Frankophonie – nationale und internationale Dimensionen
- Nr. 36 Neue Wege in der Prävention
- Nr. 37 Italien im Aufbruch – eine Zwischenbilanz
- Nr. 38 Qualifizierung und Beschäftigung
- Nr. 39 Moral im Kontext unternehmerischen Denkens und Handelns
- Nr. 40 Terrorismus und Recht – Der wehrhafte Rechtsstaat
- Nr. 41 Indien heute – Brennpunkte seiner Innenpolitik
- Nr. 42 Deutschland und seine Partner im Osten – Gemeinsame Kulturarbeit im erweiterten Europa
- Nr. 43 Herausforderung Europa – Die Christen im Spannungsfeld von nationaler Identität, demokratischer Gesellschaft und politischer Kultur
- Nr. 44 Die Universalität der Menschenrechte
- Nr. 45 Reformfähigkeit und Reformstau – ein europäischer Vergleich
- Nr. 46 Aktive Bürgergesellschaft durch bundesweite Volksentscheide? Direkte Demokratie in der Diskussion
- Nr. 47 Die Zukunft der Demokratie – Politische Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts
- Nr. 48 Nachhaltige Zukunftsstrategien für Bayern – Zum Stellenwert von Ökonomie, Ethik und Bürgerengagement
- Nr. 49 Globalisierung und demografischer Wandel – Fakten und Konsequenzen zweier Megatrends
- Nr. 50 Islamistischer Terrorismus und Massenvernichtungsmittel
- Nr. 51 Rumänien und Bulgarien vor den Toren der EU
- Nr. 52 Bürgerschaftliches Engagement im Sozialstaat
- Nr. 53 Kinder philosophieren
- Nr. 54 Perspektiven für die Agrarwirtschaft im Alpenraum
- Nr. 55 Brasilien – Großmacht in Lateinamerika
- Nr. 56 Rauschgift, Organisierte Kriminalität und Terrorismus
- Nr. 57 Fröhlicher Patriotismus? Eine WM-Nachlese
- Nr. 58 Bildung in Bestform – Welche Schule braucht Bayern?
- Nr. 59 „Sie werden Euch hassen ...“ – Christenverfolgung weltweit
- Nr. 60 Vergangenheitsbewältigung im Osten – Russland, Polen, Rumänien
- Nr. 61 Die Ukraine – Partner der EU

- Nr. 62 Der Weg Pakistans – Rückblick und Ausblick
- Nr. 63 Von den Ideen zum Erfolg: Bildung im Wandel
- Nr. 64 Religionsunterricht in offener Gesellschaft
- Nr. 65 Vom christlichen Abendland zum christlichen Europa –
Perspektiven eines religiös geprägten Europabegriffs für das 21. Jahrhundert
- Nr. 66 Frankreichs Außenpolitik
- Nr. 67 Zum Schillerjahr 2009 – Schillers politische Dimension
- Nr. 68 Ist jede Beratung eine gute Beratung? Qualität der staatlichen Schulberatung in Bayern
- Nr. 69 Von Nizza nach Lissabon – neuer Aufschwung für die EU
- Nr. 70 Frauen in der Politik
- Nr. 71 Berufsgruppen in der beruflichen Erstausbildung
- Nr. 72 Zukunftsfähig bleiben! Welche Werte sind hierfür unverzichtbar?
- Nr. 73 Nationales Gedächtnis in Deutschland und Polen
- Nr. 74 Die Dynamik der europäischen Institutionen
- Nr. 75 Nationale Demokratie in der Ukraine
- Nr. 76 Die Wirtschaftsschule von morgen
- Nr. 77 Ist der Kommunismus wieder hoffähig?
Anmerkungen zur Diskussion um Sozialismus und Kommunismus in Deutschland

